

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis vierteljährlich 1.50 RM, monatlich 0.50 RM, wöchentlich 20 Pf.
Einzelhefte 5 Pf.
Sonntagsblätter 10 Pf.
Beilage: Die Neue Welt 10 Pf.
Einzelnachnahme: 1.00 RM pro Monat
eingetragen in die Reichs-Druck-Verzeichnisse.
Unter Bezugnahme auf Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM, für das übrige Ausland 3.00 RM pro Monat.
Abonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Ostpreußen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die leuchtendste Rollen-
seite über deren Raum 40 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche
Anzeigen 30 Pfg.
Kleine Anzeigen: das festbedruckte
Wort 20 Pfg. (zählend 5 festbedruckte
Wörter), jedes weitere Wort 10 Pfg.
Einsammlungen und Geschäfts-
anzeigen von 10 bis 15 Wörtern
100 Pfg.
Wörter über 15 Buch-
staben zählen für zwei Wörter.
Anzeige für die nächste Nummer müssen bis
6 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
Mittwoch, den 17. Januar 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Fundeni und Smorgon.

Französischer Angriff südlich Rohe —
Übermals Russenangriffe im Casinu- und
Sufita-Tal und besonders beiderseits
Fundeni.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 16. Ja-
nuar 1917. (B. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Der Versuch französischer Abteilungen, bei Benvraignes (süd-
lich Rohe) in unsere Stellungen einzudringen, wurde durch die
Grabensicherung verhindert.

Im übrigen hielt sich die beiderseitige Kampftätigkeit, abge-
sehen von stellenweise heftigerem Artilleriefeuer, in mäßigen
Grenzen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.
Keine wesentlichen Ereignisse.

Front des Generalsherzogs Erzherzog Joseph.
Auch gestern blieben feindliche Angriffe zwischen Casinu- und
Sufita-Tal ohne Erfolg. An einer Stelle eingebrungene
Rumänen wurden durch Gegenstoß völlig zurückgeworfen und
dabei 2 Offiziere mit 200 Mann gefangen genommen.

Seereschutzgruppe des Generalfeldmarschalls
von Madensen.
Nach heftiger Artillerievorbereitung gingen beiderseits Hun-
derte starke russische Massen zum Angriff vor. Einige hundert
Meter vor unseren Stellungen brachen die Sturmwellen im
Sperrfeuer zusammen. Bei Wiederholung der Angriffe am Abend
gelangten schwache feindliche Teile in unsere Gräben, wurden
aber sofort wieder vertrieben. Die Verluste des Feindes sind
groß.

Mazedonische Front.
Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.
Amlich. Berlin, 16. Januar, abends.
Im Westen keine besonderen Ereignisse.
Im Osten haben sich südlich Smorgon Kämpfe entwickelt.

Der österreichische Bericht.
Wien, 16. Januar 1917. (B. Z. S.) Amlich wird
verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Seereschutzgruppe des Generalfeldmarschalls
von Madensen.

Gestern nachmittag brach der Feind aus seiner Brückenfest-
stellung bei Kamotza (Kamotsova) am Berek mit starken Massen
vor. Sein Angriff brach im deutschen Artilleriefeuer zusammen.
Abends vermochte er in unsere Gräben einzudringen, doch wurde
er ungesäumt im Gegenangriff wieder hinausgeworfen.

Front des Generalsherzogs Erzherzog Joseph.
Russen und Rumänen führten zwischen der Sufita und dem
Casinatal gegen die Kampfgruppe des Feldmarschallleutnants
von Kniz starke Angriffe, sie wurden überall abgeschlagen, auf
einer Höhe südlich Casinu durch einen Gegenstoß. Der Feind
ließ 2 Offiziere und 200 Mann in unserer Hand. In der Nähe
des Westbaches-Tal wurden 1. und 2. Infanterieabteilungen
durch die feindlichen Sicherungslinien bis zur russischen Haupt-
festung vor und brachten 20 Gefangene ein.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.
Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.
An der Karstfront hält die Artillerietätigkeit an.

Südöstlicher Kriegsschauplatz
Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Haesler, Feldmarschallleutnant.

Der
preussische Staatshaushaltsetat

Von Paul Girsch.

Wenn der Voranschlag des preussischen Etats für 1917
ein der Wirklichkeit entsprechendes, oder ihr doch nahe
kommendes Bild abgibt, dann ist der Einfluß des Krieges auf
unsere wirtschaftlichen Verhältnisse geringer, als es bei
der Aufstellung der ersten beiden Staatsetats angenommen
wurde. Das Müdigkeit der preussischen Finanzen bilden be-
kanntlich die Einnahmen aus den Eisenbahnen und aus
den direkten Steuern und gerade diese beiden Ein-
nahmesposten sind beträchtlich höher angesetzt als im
Jahre 1916.

Allerdings darf man nicht übersehen, daß die hieraus
fließenden Ueberschüsse nicht in voller Höhe für die laufenden
Ausgaben zur Verfügung stehen. Die Reinerlöse der
Eisenbahnverwaltung können nur noch bis zur Höchstgrenze
von 2,10 Proz. des zuletzt abgerechneten statistischen Anlage-
kapitals verwendet werden; soweit sie diesen Prozentsatz über-
steigen, fließen sie dem Ausgleichsfonds zu, und von den Ein-
nahmen aus den direkten Steuern müssen auf Grund des § 3
des Gesetzes betreffend die Erhöhung der Zuschläge zur Ein-
kommensteuer und zur Erbschaftsteuer zunächst 100 Millionen
Mark zur Deckung der Fehlbeträge der vorausgegangenen Etat-
jahre verwendet werden.

Vom rein etatsförmlichen Standpunkt aus wird man sich
mit diesen Grundföhen, an die die Regierung bei der Auf-
stellung des Etats gebunden ist, wohl abfinden können. Die
Eisenbahnüberschüsse haben sich zwar Jahre hin-
durch auf einer steigenden Linie bewegt, aber es hat auch
nicht an Jahren gefehlt, wo die Ergebnisse weit ungünstiger
waren. Noch schwankender sind die Einnahmen aus den
direkten Steuern.

Könnte die Regierung früher etwaige Fehlbeträge eines
Rechnungsjahres stets auf Defizitanleihe übernehmen, weil
erfahrungsgemäß durch hinterher wieder eintretende günstigere
Jahre die Ueberschüsse so hoch wurden, daß mit ihrer Hilfe
die Fehlbeträge entweder ganz oder zum großen Teil wieder
abgetragen werden konnten, so ist dies Verfahren heute, wo
man die Gestaltung der Finanzen während des Krieges und
nach dem Kriege noch gar nicht übersehen kann, unmöglich,
denn würde sich ein Defizit an das andere reihen, so wäre
schließlich die Anleihe summe so hoch, daß sie durch spätere
Ueberschüsse kaum wieder abgezogen werden könnte. Von
diesen Erwägungen ausgehend hat denn auch der Landtag
im vorigen Jahre der von der Regierung beantragten Neu-
ordnung der Finanzen zugestimmt, zumal da er es
in Uebereinstimmung mit ihr für unvereinbar mit einer ge-
sunden Finanzwirtschaft hielt, daß Defizitanleihen, also An-
leihen zu nicht werdenden, sondern absolut unproduktiven
Zwecken, in größerem Umfang aufeinander folgen.

Ein Zeichen der Zuversicht in die Entwicklung unserer
wirtschaftlichen Verhältnisse ist es, wenn die Regierung allein
bei der Einkommensteuer mit einer Mehrerhöhung von
147 Millionen Mark und bei der Ergänzungsteuer
mit einer solchen von 14 Millionen Mark gegenüber dem
laufenden Jahre rechnet; sie geht dabei von der Ansicht aus,
daß sich die Einkommens- und Vermögensverhältnisse so ge-
bessert haben, daß ungeachtet der Ausfälle, die der Krieg im
Gesolge hatte, Ersparnisse und Rücklagen in entsprechender
Höhe gemacht werden konnten. Ob diese Erwartung in Er-
füllung geht, wird die Zukunft lehren. Eine Kleinigkeit be-
deuten die 500 Millionen, die aus der Einkommensteuer und
die 80 Millionen, die aus der Ergänzungsteuer herausgeholt
werden sollen, nicht, denn wenn man auch zugibt, daß in
manchen Industrien im vorigen Jahre Riesengewinne erzielt
und verhältnismäßig hohe Löhne gezahlt sind, und daß auch
die Landwirtschaft glänzende Geschäfte gemacht hat, so darf
man doch auf der anderen Seite nicht übersehen, daß in nicht
als einem Industriezweig eine völlige oder teilweise Arbeits-
losigkeit herrschte und daß von den unter den Jahren Stehenden
nur ein ganz geringer Prozentsatz zur Steuer veranlagt werden
kann.

Ebenso günstige, vielleicht noch günstigere Hoffnungen
knüpft die Regierung an die Gestaltung der Eisenbahn-
einnahmen. Wenn sie auch mit erheblichen Ausgabe-
erhöhungen rechnet, nicht nur wegen der notwendigen Er-
höhung des Ausgleichsfonds, sondern auch wegen der stärkeren
Abnutzung des Betriebsparks und des Materials, wegen der
erhöhten Ausgaben für Löhne, Bedarfsgegenstände usw., so
schöpft sie doch daraus, daß der Verkehr sich mehr
und mehr dem Friedenszustand genähert, der Güter-
verkehr teilweise sogar den Friedenszustand überschritten hat,
die Hoffnung auf erhebliche Ueberschüsse.

Die Wilson-Erklärung zu den Ententnoten.

London, 15. Januar. „The Central News“ meldet aus
Washington, Wilson beabsichtige, in einer Erklärung zu den
beiden ihm übermittelten Noten Stellung zu nehmen, werde
aber die Befreiung der Erklärung an die beiden krieg-
führenden Mächtegruppen von der Haltung des Kongresses
abhängig machen.

Unwürdige Behandlung Kriegsgefangener
Deutscher.

Deutsche Vergeltungsmaßnahmen.

Amlich. Berlin, 16. Januar. Vor kurzem wurde auf die un-
würdige Behandlung und Unterbringung Kriegsgefangener Deutscher
in der Feuerszone des französischen Operationsgebietes hingewiesen
und gleichzeitig mitgeteilt, daß die deutsche Regierung Maßnahmen er-
griffen habe, um in diesen empfindenden Zuständen Wandel zu schaffen.

Von der französischen Regierung war mit einer beschrifteten Note
gefordert worden, alle Kriegsgefangenen im Operationsgebiet min-
destens 30 Kilometer hinter die Feuerlinie zurückzuführen, in
gut eingerichteten Lagern zu vereinigen und sie in
bezug auf Behandlung, Postverkehr und Besuche durch
neutrale Boten zu verbessern. Es wurde dabei angekündigt, daß im Falle
der Weigerung mehrere Tausend Kriegsgefangener Franzosen hinter
der deutschen Front in die Feuerszone übergeführt und dort denselben
Bedingungen unterworfen werden würden, wie die Kriegsgefangenen
Deutscher hinter der französischen Front.

Da die französische Regierung sich bis zu dem gestellten Termin,
dem 15. Januar 1917, zu der deutschen Forderung nicht geäußert
hat, ist die angekündigte Gegenmaßregel nunmehr in Kraft
getreten. Sie wird erst wieder aufgehoben werden, wenn Frank-
reich die deutsche Forderung erfüllt.

Offensivwünsche gegen die U-Boot-Not.

Die Bewaffnung der Handelsschiffe.

Bern, 15. Januar. (B. Z. S.) Das Pariser „Journal“
schreibt, Deutschland drohe mit dem verheerendsten U-Bootkrieg,
es gelte auf der Gut zu sein. Deutschland werde mit seinen
U-Booten wohl kaum die Blockade brechen können, aber es
wäre fündig zu laugen, daß die Störungen, die die U-Boote
im Seeverkehr verursachen, einen beunruhigenden Umfang
angenommen haben. Alle Abwehrmaßnahmen hätten nicht
verhindert, daß in immer größerer Zahl Schaden verursacht
werde. Man solle alle Handelsschiffe mit zwei Ge-
schützen und geschulter Mannschaft, mit gewöhnlichen Torpe-

dos und mit unter Wasser explodierenden Lufttorpedos aus-
rüsten, damit die U-Boote sowohl in aufgetauchtem, wie
untergetauchtem Zustande getroffen werden könnten. In der
„Information“ schreibt das Mitglied des Kammerausschusses
für Handelsmarine, Abgeordneter Bergson, die Allierten
mühten im Kampf gegen deutsche U-Boote entschlossen
zur Offensive überzugehen, da die Defensiv nicht
mehr genüge. Bergson schlägt vor, mittels Wasserflugzeugen,
Torpedobootzerstörer und besonderen Jagd-U-Booten auf
die deutschen U-Boote Jagd zu machen und mit
der englischen und französischen Hochsee-
flotte die norddeutschen und österreichischen
Häfen anzugreifen. Die Einnahme der deutschen
Nordseeinseln würde den Todesstoß für den U-Boot-
krieg bedeuten. Die Unternehmung würde viel
kosten, aber das Ergebnis würde das Opfer lohnen.

Die Entente hat es allbereits zu großen Erfahrungen ge-
bracht in Unternehmungen, die viel kosten. Aber doch das
Opfer sich jemals in einem der Fälle nach ihren Wünschen ge-
lohnt habe, wird sie schwerlich im Ernst behaupten können.

Der Zwischenfall von Tschentsiaton.

Wie aus japanischen Quellen mitgeteilt wird, wurde in
einer Sitzung des japanischen Ministerkabinetts am 7. De-
zember die Frage eines „neuen Kurses“ der japanischen
Politik behandelt. Das japanische Kabinett gelangt zu der Ein-
sicht, daß die jetzigen Umstände in China eine Änderung der
dieselbst betriebenen Politik erheischen. Es wurde der Beschluß
gefaßt, fürderhin sich von jeder Einmischung in interne chine-
sische Angelegenheiten fernzuhalten, der chinesischen Regierung
keine Beiräte entgegen dem Wunsch der Chinesen aufzubringen,
auf neue Vorrechte in China keinen Anspruch zu erheben, und
das chinesische Reich fürderhin als einen Stützpunkt in der
Friedenssicherung im fernem Osten zu betrachten. Die nächste
Zukunft schon soll und die ersten Schritte der japanischen Re-
gierung in dieser Richtung zeigen.

Diese japanische „Neuorientierung“ ist natürlich mit aller Vor-
sicht aufzunehmen. Darauf deutet folgende Meldung von gestern hin:
Die der „Frankfurter Zeitung“ über Stockholm aus Tokio ge-
melde wird, führten die Berliner Verhandlungen wegen des
Zwischenfalles von Tschentsiaton zu einem Uebereinkommen, wonach
China sich verpflichtet, die Schuldigen zu bestrafen,
Schadenersatz und Abbitte zu leisten. Die japanische For-
derung auf Zulassung von Militärbeiräten und japa-
nischer Polizei in den von den Japanern besetzten Orten der
Südmandschurei wurde angeblich Sonderverhandlungen zwischen
der japanischen Regierung und den chinesischen Ortsbehörden überlassen.

Die Summe aller für das Rechnungsjahr 1917 beantragten Einnahmen der Eisenbahnverwaltung beläuft sich auf 297 Millionen Mark, die Summe aller Ausgaben einschließlich der in den Ausgleichsfonds abzuführenden 1207 348 Mark auf 2020 Millionen Mark, so daß sich im Ordinarium ein Reinertrag von 277 Millionen Mark ergibt. Bei den außerordentlichen Ausgaben ist die Verwaltung mit großer Vorsicht verfahren, Forderungen für neue Bauten sind nur in beschränkter Zahl in den Etat aufgenommen, weil die noch immer durch den Krieg beherrschten Zeitverhältnisse dazu zwingen, alle nicht unaufschiebbaren Bedürfnisse bis auf weiteres zurückzustellen. Die Geldmittel konnten daher überwiegend für bereits genehmigte Bauten angelegt werden; hierdurch wird die Sicherheit gegeben, daß die Bauarbeiten, sobald dies nach der weiteren Entwicklung der Verhältnisse möglich und notwendig wird, wieder in vollstem Umfange aufgenommen werden kann.

Im Etat der Bergverwaltung sind die Preise der Erzeugnisse — der allgemeinen Steigerung entsprechend — höher angenommen worden. Infolgedessen erscheinen bei den Steinkohlen- und Erzbergwerken sowie den Hütten größere Einnahmen, bei den übrigen Werken Mindereinnahmen. Einem ganz bedeutenden Einnahmeausfall, der auf das Fehlen des Auslandsabzuges zurückzuführen ist, begegnen wir bei den Bernsteinwerken.

Leider hat die Verwaltung auch in diesem Jahre wieder von der Befügung einer besonderen Nachweisung über die Verkaufsmengen und Preise der Erzeugnisse der Staatswerke sowie von besonderen Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Werke Abstand genommen. Das eine aber geht deutlich aus dem Etat hervor, daß die ordentlichen Einnahmen aus den Staatswerken insgesamt auf 53,7 Millionen Mark höher geschätzt werden, als im laufenden Etat, während die Summe der dauernden Ausgaben nur um 47,5 Millionen Mark steigt. Die Mehrausgaben sind in Höhe von 14,8 Millionen durch höhere Materialpreise und in Höhe von 28,8 Millionen Mark durch die Löhne bedingt, die trotz geringerer Belegschaft um diesen Betrag gestiegen sind. Trotzdem wird der Reinertrag der Bergverwaltung noch auf 22,3 Millionen M. gegen 20,9 Millionen M. im laufenden Etat geschätzt.

Aus den Domänen und Forsten dagegen werden nur 0,4 Millionen Mark mehr an Reinerträgen erwartet. Mindereinnahmen weisen die indirekten Steuern auf, der Ertrag aus den Stempelsteuern ist um 26 Millionen, der aus den Gerichtskosten um 35 Millionen herabgesetzt.

Die öffentliche Schuld erfordert eine Mehrausgabe von 15,4 Millionen Mark. Dieser Mehrausgabe steht eine Mehreinnahme von 34,5 Millionen Mark gegenüber, wovon allein 34 Millionen Mark auf den Anteil der Eisenbahnverwaltung entfallen. Beim Finanzministerium sind die Mittel für geistliche Witwen- und Pensionen um 1,7 Millionen Mark gestiegen; für die nach dem Gesetz vom 21. Juni 1916 zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe im Postverkehr mußten 6 Millionen Mark bereitgestellt werden. Als Zuschuß zu dem Fonds für Unterstützungen an ausgeschiedene Beamte und an Witwen und Pensionen von Beamten aller Verwaltungen sind im Extraordinarium des Etats des Finanzministeriums 3 Millionen Mark ausgebracht (statt 1,5 Millionen Mark für 1916).

Im übrigen ist der Etat im allgemeinen nach den Grundzügen aufgestellt, wie dies für die Jahre 1915 und 1916 geschehen ist. Von der Streichung oder Kürzung solcher Postitionen, die sich als Ausnahmegehalte darstellen, hat die Regierung bedauerlicherweise Abstand genommen, sie hat wieder einmal die Gelegenheit vorübergehen lassen, die Absichten, die sie hinsichtlich der von ihr verheißenen Neuorientierung hegt, auch nur symbolisch anzudeuten.

Die Bedeutung der deutsch-türkischen Verträge.

Der türkische Minister des Aeußern, Halil Bey, gab am Dienstag in der türkischen Kammer eine Erklärung zum Abschluß des deutsch-türkischen Abkommens ab, das auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und des Völkerrechts die rechtlichen Beziehungen der Türkei zum Deutschen Reich regelt und deren Bedeutung für die Türkei er als sehr groß bezeichnete. Er wies auf die durch die Kapitulationen geschaffene rechtliche Ungleichheit zwischen den Osmanen und den Ausländern hin sowie auf die Hemmungen auf wirtschaftlichem Gebiete und fügte hinzu:

Unser Land stand vor dem Kriege außerhalb des europäischen Völkerrechts. Durch die Abschaffung der Kapitulationen haben wir unsere Gleichheit erklärt und heute durch die erstmalige Unterzeichnung eines Vertrages auf der Grundlage der Gleichheit und Gegenseitigkeit unseren Platz unter den Mächten eingenommen, wodurch wir unsere volle innere wie äußere Souveränität wiedererlangten.

Der Minister sagte, das Ereignis könne von den Osmanen als der Beginn einer Epoche der Wohlfahrt betrachtet werden.

Spanische Schiffe mit deutschen Geleitbriefen.

Eine Willkommensnote Englands.

Bern, 15. Januar. Die Madrider Presse veröffentlicht eine Note des englischen Botschafters in Madrid, der erklärt, daß mit deutschen Geleitbriefen versehen spanische Schiffe unbehindert die englischen Häfen anlaufen dürfen, obwohl England angesichts eines von einer feindlichen Macht ausgehenden Geleitbriefes berechtigt wäre, Papiere und Ladung des Schiffes einzuziehen. Die englische Regierung habe nicht einmal die Frage erörtert, ob es angebracht sei, die Ausfuhr spanischer Früchte nach Deutschland zu verhindern. England verlange von den neutralen Nachbarn Deutschlands die Zusicherung, daß von ihnen eingeführte Früchte nicht in Feindesland weiterverkauft würden. Holland werde baldigst ein Abkommen abschließen, das ihm die Einfuhr ausländischer Früchte, besonders spanischer durchaus gestatte.

Beschränkung der Lebensmittelausfuhr in England.

London, 16. Januar. Reuter meldet: Eine Untersuchung der Kommission für Lebensmittel und Brennstoffe in Cardiff habe ergeben, daß neutrale Schiffe trotz des in

England herrschenden Lebensmittelmangels verhältnismäßig große Vorräte eingenommen haben. Die Kommission fordere nun die Aufstellung eines Lebensmittelkontrollseurs in jedem Hafen und verlange weiter, daß die neutralen Schiffe Listen der an Bord befindlichen Vorräte anlegen, und daß von den britischen Behörden Bestimmungen für die einzunehmenden Höchstsummen an Vorräten erlassen werden.

Die magere Offensiv-Bilanz.

Ein Geständnis aus Entente-Kreisen.

Bern, 15. Januar. (B. L. Z.) In einem Leitartikel schreibt „Temps“: Frankreich müsse auf allen Gebieten Höchstanstrengungen unternehmen und in nationaler wie internationaler Beziehung, in den Fragen der Landesverteidigung, der Truppenbestände, des Kriegsmaterials müsse das Programm, dessen Richtlinien von allen Alliierten gebilligt worden seien, nun endlich auch durchgeführt werden.

Das Jahr 1916 habe den Alliierten mit den Kämpfen bei Verdun und im Trentino in defensiver Hinsicht gute Erfolge gebracht. Bezüglich der Offensive sei die Bilanz magerer. Die Sommerkämpfe habe nur sehr beschränkte und nur taktische Früchte getragen. Die Brussilowische Offensive habe die strategische Lage auf der Ostfront nicht verändern können. Der dunkle Punkt im Jahre 1916 sei der Balkan, wo die Alliierten die Bedingungen und Folgen ihren Handlungen ständig verkannt. Rumänien habe im Augenblick angegriffen, als die russischen Kräfte erschöpft waren. Die Saloniki-Expedition habe nur ein geringes Ergebnis gezeitigt. Die Handlungsweise der Alliierten gegenüber Griechenland habe die Lage noch verschärft.

Die Verantwortlichkeiten der einzelnen Alliierten würden später festgelegt werden, aber schon heute stehe fest, daß die Uebereinstimmung in ihren Bemühungen weit unter dem Wünschenwerten und Erreichbaren bleibe. Bisher hätten die zahlreichen Zusammenkünfte der Oberhäupter der verbündeten Regierungen in der Hauptsache Salonunterhaltungen geglichen, es sei unumgänglich notwendig, eine Arbeitsmethode, ein Arbeitszentrum zu schaffen. In einem Kriege, wie dem gegenwärtigen seien Improvisationen und Improvisatoren nicht am Platz.

Dies Selbstgeständnis aus den Reihen der Entente zeigt die ozeanbreite Kluft, die zwischen dem Stande des Krieges und dem Willen der Ententekämpfer, bis zum Siege zu kämpfen, gähnt. Der Wahnsinn, der sich in dieser Kriegswütigkeit offenbart, hat aber imperialistische Methode.

Die Zahl soll es bringen.

Auch der Kriegssozialmann der „Times“, Oberst Revington, revidiert das Ergebnis der letztjährigen Kriegsführung. Er ist der unentwegte radikale Erdrückungsstrategie, der sich von den Erfahrungen der Entente nicht belehren läßt. Wie die russischen Heerführer, hat auch er den Glauben, daß die Massenwage entscheiden werde. Er schreibt:

Die Lage an der Westfront ist so, daß die Zahl der französischen, englischen und belgischen Divisionen, selbst wenn man auf die wechselnde Stärke der Divisionen auf beiden Seiten Rücksicht nimmt, doch nicht so groß ist, daß sie in einem Offensivkampf eine Entscheidung verbringt. Vor dem Kriege nahmen wir an, daß für einen Angriff eine Uebermacht von zwei oder selbst drei gegen einen nicht zu groß sei, und wir müssen immer von neuem wiederholen, daß wir keineswegs über eine solche Uebermacht verfügen, und daß doch der Sieg davon abhängt, ob wir sie bekommen. Es ist außerdem für die Deutschen jederzeit möglich, im Westen die mobilen strategischen Regimenter in die Schlacht zu werfen, die sie jetzt gegen Rumänien verwenden. Wenn wir im Jahre 1917 nur eine geringe Uebermacht gegen den Feind ins Feld bringen können, können wir billigerweise auch nicht mehr erwarten, als einen kleinen Erfolg. Der Grundgedanke Nelsons, daß die Zahl allein den Feind vernichten kann, hat sich immer wieder als richtig herausgestellt, und es muß insofern unser Hauptziel sein, diese Zahl, sowohl was Mannschaften als was Geschütze betrifft, aufzubringen. Oberst Revington fährt fort, daß Politiker, die im übrigen tüchtig seien, diese höchst einfache Theorie nicht einsehen wollen und tabeln die Zerstückelung der Kräfte in verschiedene Expeditionen. Erst seit der Konferenz in Rom könne man hoffen, daß der Rat sachverständiger Soldaten wie Cadorna und Robertson befolgt werden würde.

Der Sieg geht gegen die Orientalktionen, an denen Frankreich mehr Interesse hat als England. Revington will die ganze Wucht auf die Westfront sammeln. Was die Russen in Galizien und so viel anderen Gebieten der Ostfront versucht haben, das soll schließlich im Westen gelingen. Aber gerade der Ausgang der russischen Aktionen ist beweiskräftig dafür, daß Nelsons Ansicht veraltet ist. Heute ist es beim Kriegsführen eben nicht mehr die Zahl allein, die den Feind vernichtet. Sie bleibt roh und plump, wenn nicht strategisch das Genie sie bewegt. Auf die Bewegung der Zahl kommt es an.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 15. Januar. Bulgarischer Heeresbericht.

Mazedonische Front: Schwaches Artilleriefeuer auf der ganzen Front. Lebhafteste feindliche Lusttätigkeit in der Gegend von Monastir, im Wardarial und an der Struma. Wir brachten ein feindliches Flugzeug, das über die Umgebung von Kamit flog, durch unser Artilleriefeuer zum Absturz. Das Flugzeug versank im Meer.

Rumänische Front: Vom rechten Donau-Ufer aus wurden durch unser Artilleriefeuer Eisenbahnanlagen in der Umgebung von Galaß beschossen. Feindliche Artillerie erwiderte mit schwachem, unwirksamem Feuer.

Französischer Heeresbericht der Orientarmee vom 15. Januar. Das kalte Wetter verursachte zahlreiche Ueberschwemmungen. Aus der Gegend des Prespases werden heftige Schneestürme gemeldet. Der Feind entsaltete einige Tätigkeiten an der von den Italienern gehaltenen Front. Dort wurde ein Angriff abgeschlagen und wurden Gefangene gemacht. Heftige Beschüsse von Bardar und in der Gegend von Kapes; unsere Artillerie erwiderte heftig. In Suirez, nördlich von Arnaud wurde ein Munitionslager zerstört. Südlich des Odrinaseses einige Gefechte, so besonders bei Beliterna, wo eine unserer indochinesischen Abteilungen mitkämpfte. Eine andere Abteilung machte leichte Fortschritte über Speiti hinaus.

Der russische Heeresbericht vom 15. Januar sagt von der rumänischen Front: Die Rumänen griffen den Feind auf den Höhen sieben Meilen südlich von Monastir-Kaschinal am Kassinafluß an und warfen ihn nach heftigem Bajonettkampf ein Werk nach Süden zurück. Feindliche Abteilungen, die in der gleichen Gegend zum Angriff vorgingen, wurden nicht nur von den durch russische Truppen unterstützten Rumänen abgewiesen, sondern auch noch zwei Werk nach Süden zurückgedrängt. In der Gegend von

Sabani, zehn Werk südwestlich Galah, machte der Feind, etwa ein Regiment stark, einen Angriff auf unsere Wachen, die sich etwas nach Norden zurückzogen. Feindliche Abteilungen griffen, nach starker Artilleriebereinigung, mehrmals unsere Stellungen in der Gegend von Tschiuslei, 12 Werk nordöstlich von Jocsani, an. Alle Angriffe wurden mit großen Verlusten für den Feind abgeschlagen.

General Smuts verläßt Deutsch-Ostafrika.

London, 15. Januar. Meldung des Reuterschen Bureaus. Amtlich wird mitgeteilt: Der Burengeneral Smuts, der die englischen Streitkräfte in Ostafrika befehligt, wird Südafrika bei der bevorstehenden Reichskonferenz in London vertreten, da der Premierminister, General Bother, in Anbetracht der wichtigsten Fragen, die in der kommenden Session des südafrikanischen Parlaments besprochen werden sollen, an der Konferenz nicht teilnehmen kann.

London, 16. Januar. Reutermeldung. Die Mitteilung des Kriegsministeriums, daß der Burengeneral Smuts, der Befehlshaber der britischen Streitkräfte in Ostafrika, Südafrika auf der bevorstehenden Reichskonferenz in London vertreten wird, enthält folgende Einzelheiten über die Lage in Ostafrika: Die militärische Lage in Ostafrika ist glücklicherweise derart, daß sie einen Kommandowechsel und eine gewisse Reorganisation verhältnismäßig einfach macht. In der Tat wären die Maßnahmen, die jetzt ins Auge gefaßt sind, als Folge der plötzlichen Abberufung des Generals Smuts, für seine Stelle und auch sonst in jedem Falle binnen kurzem getroffen worden. General Smuts übernahm im Februar 1916 den Oberbefehl, als ganz Deutsch-Ostafrika sowie ein gewisser Teil britischen Gebietes im feindlichen Besitz war. Gegenwärtig, elf Monate später, ist nichts von Deutsch-Ostafrika dem Feinde geblieben außer einem verhältnismäßig kleinen unbedeutenden Gebietsteil im Süden und Südosten, wo sich seine Streitkräfte auf ihrem Rückzuge sammeln. Der Feind besitzt nicht eine einzige Bahn, Stadt, oder einen Hafen, die schwachen und sich vernichtenden Transportmöglichkeiten beschränken seine Bewegungsfähigkeit für Angriffsunternehmungen auf schwache Kräfte oder einen endgültig beschränkten Umkreis. Während der letzten zehn Tage hatten die Operationen an der Mgetafront zur Folge, daß der Feind sich über den Rusidschi zurückzog. Wir halten jetzt einen wichtigen Uebergang über diesen Fluß und können uns bewegen, je nachdem die Gelegenheit es verlangt. An den anderen Fronten ist der Feind während der gleichen Zeit, offenbar in Uebereinstimmung mit einem Plane für einen allgemeinen Rückzug auf neue Linien, gewichen. Unter diesen Umständen ist es möglich gewesen, dem Wunsch der Regierung der Südafrikanischen Union nachzukommen, die Beurteilung Generals Smuts vom Kommando in Ostafrika in die Wege zu leiten.

Zu vorstehender amtlicher Meldung wird vom Wolffschen Bureau bemerkt: Smuts ist es trotz seiner wohl zehnfachen Uebermacht nicht gelungen, Ostafrika in elf Monaten in seinen Besitz zu bringen. Das Gebiet, das von unserer tapferen kleinen Schutztruppe noch besetzt gehalten wird, umfaßt einen Raum von zirka hundertvierzigtausend Quadratkilometern und entspricht somit ungefähr dem Flächeninhalt von Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen und Sachsen, es wird unbegrenzt im Norden durch den Rusidschi, im Westen durch das Ruduh-Rilombero und den Rhosfo-See und im Süden durch den Komomafluß. Im Osten befindet sich lediglich das Küstengebiet in feindlicher Hand. Hieraus erhellt, daß der verhältnismäßig kleine unbedeutende Gebietsteil doch noch einen ganz erheblichen Umfang hat. Inwiefern die Bewegungsfreiheit der deutschen Truppen beschränkt ist, sieht man am besten aus der Offensivbewegung gegen die auf deutsches Gebiet vorgedrungenen gewesenen Portugiesen. Diese Aktion warf nicht allein in wenigen Tagen die Portugiesen aus Deutsch-Ostafrika hinaus, sondern führte die Schutztruppe sogar über den Komomofluß nach Portugiesisch-Mozambique.

Die Kämpfe am Tigris.

Englischer Bericht.

Die Kampfhandlungen am Tigris waren durch Ueberbeschleunigung des Landes sehr gehindert. Am 11. Januar besetzte unsere Kavallerie die Orttschaft Hat am Schat-el-Gal, wobei sie Bewehrung, Munition und Vorräte erbeutete. Am selben Tage wurden vier feindliche Schiffe, wovon eins Truppen an Bord führte, durch unser Artilleriefeuer im Tigris versenkt. Während des 11., 12. und 13. Januar machten unsere Truppen weitere Fortschritte auf dem rechten Tigrisufer östlich und westlich von Kut-el-Amara. Zwei Schiffsgrabenmörser, zwei Maschinengewehre und Bomben wurden erbeutet. Mit Ausnahme eines schmalen Gebietsstreifens am Wendflusse nordöstlich Kut-el-Amara, auf welchem sich der Feind noch hält, ist das ganze rechte Tigrisufer östlich von Schat-el-Gal gegenwärtig von feindlichen Truppen gesäubert.

China und Wilson.

Die Agence Havas meldet: In seiner Antwort an Präsident Wilson erklärt China, eine friedliche Nation zu sein und im Augenblicke seiner Reorganisation betroffen worden zu sein. Es könne an die im Kriegszustande befindlichen Länder nicht mit der Zusage einer wirtschaftlichen und industriellen Unterstützung herantreten. China äußert seine Sympathien für die Note des Präsidenten Wilson, die das Ende des Krieges bezweckt und erklärt sich bereit, in Zukunft mit allen Mitteln dazu beizutragen, daß die Grundlage der Gleichberechtigung der Nationen respektiert werden.

Die Antwort Südamerikas.

Der Agencia Americana zufolge wird Brasilien auf die Note Wilsons in Uebereinstimmung mit den übrigen südamerikanischen Staaten antworten.

Der amerikanisch-mexikanische Streit.

Von der Schweizer Grenze, den 16. Januar. Nach der „Kölnischen Zeitung“ meldet der Schweizer Brestelegraph aus Madrid, der dortige mexikanische Gesandte teile mit, daß die Regierungstruppen die Streitmächtige Villas in der Nähe von Jimenez vernichtend geschlagen haben. Die Partegänger Villas, die Truppen Zapatas und die Truppen Felix Diaz, die sogenannten Helizistas, hätten keinen einzigen Ort mehr in der Hand. Der Rückzug der amerikanischen Truppen aus Mexiko wird in der in New York zusammentretenden Sonderkonferenz der amerikanisch-mexikanischen Kommission amtlich mitgeteilt werden. Der amerikanische Botschafter wird demnächst seinen Posten in Mexiko wieder einnehmen.

Erinnerungen an Albert Niemann.

Niemanns Humor. Albert Niemann hätte nicht der echte German sein müssen, der er war. Wäre er nicht ein Freund des Humors und selbst reich mit dieser köstlichen Gabe begünstigt gewesen. Vollblütig und kraftvoll, wie er in allem war, hatte er auch auf dem Gebiete des Scherzes und des Humors eine natürliche Vorliebe für das Kräftig-Derbe, und zuweilen hatten seine Kollegen in Apoll unter seinen witzigen Einfällen ihr Teil zu leiden. So wurde im Berliner Opernhaus einmal eine Oper gegeben, die „Frischhof“ hieß und in der Niemann die Titelrolle gab, während der treffliche Weg den alten König singte und spielte. Alles war glücklich vorüber, König King gestirbt und auf offener Szene aus dem Totenschiffe aufgebahrt. Nun soll Frischhof kommen und von ihm Abschied nehmen. Hinter den Kulissen sieht Niemann zum Aufstehen bereit, als er plötzlich argwöhnisch die Luft durch die Nase einzieht. Wonach riecht es denn da so sonderbar? Er blüht empor und sieht zwei Kulissenarbeiter eben im Gemüll dastehen, allen Käse essen. Im Klüsterstone schauert er die Arbeiter an, doch sie sind eilig aus dem Staube machen, aber bei dieser Flucht läßt dem einen ein „wohlriechender“ Harzer Kerb und Niemann, der lustig vor die Nase, rächen will den Künstler der Verger Nodan, da huscht plötzlich ein Schmunzeln über sein Gesicht, er läßt sich greifen, greift den in Papier eingewickelten Käse auf und betritt so bewaffnet die Bühne. Dort schmettert er seine Arie in den Zuschauerraum und tritt dann mit den gerührten Worten: „Ach wohl, du lieber Freund“ an die Bühne, um dem toten König den Harzer gerade unter die Nase auf die Oberlippe zu legen. Nur muß man wissen, daß Weg ganz und gar kein Freund dieses Naturproduktes war, und man wird verstehen, daß er über Niemanns Streich in Empörung geriet. Aber was half's? Er mußte ja so sein, durfte sich nicht rühren und sein lautes Wort wagen. Während richtete er an Niemann mehr gebäudt als geküßert unabweisliche Liebschöpfung, aber Niemann erwiderte nur immer gelassen: „Sei still — du bist tot!“

Die Niemann England. Es war in dem politisch reichbewegten Jahre 1884. Das Schicksal Schlettig-Dolfs erfaßte alle Deutschen mit Anteil und Sorge, und zu Hannover fand im Januar eine große Versammlung zugunsten der Rechte der mecklenburgischen Landesleute statt. Zugleich wurde eine dreizehnte Lord Russell bekannt, die Oesterreich und Preußen in ansehender Weise zur Wählung ermahnte, ja geradezu eine das deutsche Gefühl beleidigende Drohung enthielt. Die Empörung war allgemein. Am Abend wurde im Hoftheater zu Hannover, dessen hellstrahlender Stern Niemann in der Halle seiner Kunst und Kraft damals war, Marschiers Tempier und Jüdin unter der persönlichen Leitung des Dirigenten gegeben. In der Oper kommt jene berühmte Arie vor, in der der Tempier singt: „Du stolzes England, freue dich!“ Niemann aber sang an diesem Abend statt dieser Worte: „Du stolzes England schäme dich!“ Zwar tat er gleich, als ob er sich verprochen habe, und lenkte in den richtigen Text wieder ein — aber man hatte ihn verstanden. Das Publikum antwortete mit lautem Jubel, während Marschner einseht den Taktstock aus der Hand legte. Die Freunde des Publikums aber war so groß, daß Niemann den Theaterorchestranten zum Vorhergehenden ermahnte. Der englische Gesandte verlangte Niemanns Entlassung, aber König Georg, dessen besonderer Liebling der Künstler belohnend war und der übrigens selbst der Vorstellung beigewohnt hatte, dachte nicht daran, den Sänger wegen dieser vaterländischen Rundgebung zu entlassen. So hat Niemann England gekostet.

Niemann und Wagner. Die erste Begegnung zwischen Wagner und Niemann fiel in den Juli 1867. Wagner empfing den Sänger, der sich damals eben mit Marie Seebach verlobt hatte, in seinem bescheidenen Häuschen am Jätrischee. Er hatte von diesem genialen Darsteller seiner Heldengestalten wohl schon gehört, und so begeistert war ihm über ihn berichtet worden, daß er ihn bereits brieflich zu seinem künftigen „Siegfried“ ernannt hatte; aber jetzt trat der damals siebenundzwanzigjährige zum ersten Male persönlich vor den Meister. Niemann hat später selbst erzählt, wie schwarz Wagner ihn bei dieser Gelegenheit beobachtet und gepörrt hat. Er ließ seine Blicke nicht von dem Sänger, hörte sie gleichsam in ihm ein, beobachtete die Art seiner Bewegungen, belauschte den Klang seiner Stimme, suchte in den Tiefen seiner Seele zu lesen und konnte schließlich in hoher Freude erkennen, daß er in Niemann seinen Mann gefunden hatte. So war es Niemann, auf den die Wahl fiel, bei der berühmten Uraufführung des „Lohengrin“ in Paris den Goldenen darzustellen. Monatelang hat Niemann damals mit Wagner studiert und gearbeitet. Des Meisters Verwendung für Niemanns Künstlerkraft wurde durch die nähere Bekanntschaft nur gesteigert. Er bezeichnete ihn als „durchwegs erhalten“ und als einen „großen Künstler der allerersten Art“.

Im übrigen meinte er: „Der Mann hat unerschöpfliche Fähigkeiten. Noch ist er fast roh und alles in ihm ist bisher nur der Instinkt. Jetzt hat er monatelang nichts anderes zu tun, als sich von mir leiten zu lassen.“ Darin freilich traf Wagner wohl nicht ganz das Richtige. Niemann war damals nicht mehr das künstlerische Naturkind, das Wagner in ihm zu sehen meinte, sondern war bereits zu weitgehender Selbständigkeit gereift. Und wenn Wagner am liebsten einen Sänger gehabt hätte, der in seinen Händen wie reiches Gold sein sollte, so war Niemann nicht von dieser Art. Dies ist wohl die Wurzel gewesen, aus der jene Entfremdung hervortrat, die damals in Paris zwischen dem Komponisten und seinem Darsteller entstanden ist. Die abfälligen Vorwürfe bei der Pariser Aufführung, die allen Teilen auf die Kerben fielen, haben wohl auch das Ihrige dazu beigetragen — kurz, das Trübsal zwischen den beiden war zerklüftet, und ein volles Jahrzehnt hindurch stand Wagner dem Künstler großem gegenüber. Es war Niemanns Kollege Franz Weg, der die Wiederbekehrung anbahnte, und am 22. Mai 1872, bei der Grundsteinlegung in Bayreuth war Niemanns Redenstellung bereits wieder unter den Gästen zu sehen. Er war es damals, der die Tenorpartie im Chöre der Reitanter Sinfonie sang und seine herrliche Stimme dankte den Anwesenden wie eine Siegesbotschaft. Damals bei der Probe verlangte Niemann, daß Wagner ihn den Takt schlage, er könne sonst nicht singen, aber Wagner verlegte: „Ich schlage nicht Takt, dadurch würde der Vortrag sein; wir müssen diesen Satz ganz frei vortragen. Ich male es Ihnen in die Luft. Sie sind ein so vorzüglicher Künstler und können es; darum habe ich Sie erwählt.“ Aus dieser Zeit stammt Niemanns unvergesslicher, unvergleichlicher Siegmund und seitdem hat Niemann zum engen Freundeskreise des Meisters sich zählen dürfen. Ihr Verhältnis war jetzt auf einer schönen gegenseitigen Vertiefung und Achtung aufgebaut. Als Wagner bei den Proben 1875 eine Szene im zweiten Akte plastisch vorstellte, da rief Niemann: „Ja, lieber Meister, das paßt sehr gut für Ihre Figur, aber nicht für mich. Ich muß bei meiner Größe doch Bewegungen machen, die mir gemäß sind.“ Sofort gab Wagner dies zu und sagte: „Ich sehe, Sie haben mich richtig verstanden, darum allein handelt es sich; spielen Sie jetzt nur, wie es Ihnen recht dünkt.“ In seinen Absichten auf die Festspiele von 1876 hat Wagner dem Künstler ein rühmliches Denkmal gesetzt, indem er Niemann als das eigentliche Entzweiungsmittel treibende Element des ganzen Bayreuther Künstlerkreises mit Namen nannte. Niemanns Tristan war für Wagner ein Erlebnis. Er schrieb ihm: „Ihr Tristan ist und bleibt eine fabelhafte Tat. Wer an Sie nicht glauben will, kann es nicht weit bringen.“ An jenem Wintertage des Jahres 1883, da sie Wagner zur letzten Ruhe betraute, befand sich auch sein Siegmund und Tristan im Leihengelage, und bis zum letzten Tage seines Lebens hat er als heilige Reliquie, mit einem Seidenbändchen sorgsam umwunden, einen Brief des Meisters aus jenen stürmischen Tagen aufbewahrt. Er war in den Stunden bitterster Unmutes geschrieben und Niemann hatte ihn gelesen, aber sein zweifelhaftes Auge sollte bei Lebzeiten den Inhalt des Briefes kennen lernen. Der Brief war ihm ein Heiligum, der alle Zweifel aber war begraben.

Kleines Feuilleton.

Kriegsererungenschaft.

Sind nicht man selbst als Kriegsererungenschaft? Wie früher Freuden reisten Duell; Minister und Staatsoberhäupter. Sie leben kurz und hübsch schnell.

Nun Beispiel: Rußland. Einst im Frieden Trug man ein Kerl sein Portefolio So lang bis spät er erst verchieden Durch Jareungunst oder Dolk.

Jetzt liegt ein Treppot in vier Wochen Dort, wohin man den Abfall legt. Der häßliche Mann wird durchgedrohen, wobei sich nicht mal Mittel regt.

Ja, ja, die Zeit ist roh und häßlich. Das Heiligste wird unterwühlt. Es sind selbst Posten nicht verlässlich. Die man für unangreifbar hielt.

Man kann vor Rücksicht sich nicht lassen, Wo jede Rücksicht früher schwieg — Selbst auf des Volkes breite Massen. Denn ohne sie — wo blüht' der Krieg?

Verächter jeglicher Mythen Erhoffen Schluß des Krieges dreißig, Wenn aus Europas Ministerien Man noch ein Dupend Treppots schmeißt! Gregrs Berle.

Der Friedensappell eines englischen Gelehrten.

Erst vor kurzem, schreibt die „Morning Post“ vom 10. d., konnte das englische Parlamentmitglied G. P. Trevelhan den britischen Jenseit mit einer an Amerika gerichteten Friedenskundgebung hintergehen. Nun hat eine noch wichtigere Persönlichkeit den Jenseit getätigt. Die „Los Angeles Times“ weiß darüber zu berichten:

Die britische Regierung hatte dem Prof. Russell die Reize nach Amerika, wo er auf der Harvard Universität Vorlesungen halten sollte, unterlag; es gelang ihm jedoch, durch eine hübsche junge Engländerin, die jetzt in New York eintrifft, einen Brief durch die englische Post zu schmuggeln, in dem er den Präsidenten Wilson inschändigt erucht, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um den Krieg zum Abbruch zu bringen.

Dr. Russell, Professor am Trinity College, Cambridge, hat sich in der Welt durch seine Werke über Philosophie und Mathematik einen Namen gemacht, fiel jedoch bei seiner Regierung unlanges wegen Friedensäußerungen in Ungnade. Der Brief, der dem Präsidenten von einer Deputation amerikanischer Neutralisten überreicht werden wird, lautet:

„Der Präsident! Es bietet sich Ihnen eine Gelegenheit, der Menschheit einen Dienst zu erweisen, wie ihn so groß nicht einmal Abraham Lincoln geleistet hat. In Ihrer Hand liegt es, diesen Krieg zu einem gerechten Ende zu bringen, der alle Furcht vor neuen Kriegen in naher Zukunft bannet. Es ist nicht zu spät, die Zivilisation Europas vor der Vernichtung zu bewahren, wohl aber mag es dazu zu spät sein, wenn der Krieg, wie uns unsere Mitbürger androhen, noch zwei bis drei Jahre währt.“

Es mag wundernehmen, daß die öffentliche Meinung anscheinend alles gutheißt, was die Regierenden für die Fortsetzung des Krieges tun. Aber dieser Ansicht ist trügerisch. Für die Fortsetzung des Krieges setzen sich einflussreiche Persönlichkeiten und die Presse ein, die unter der Kontrolle der Regierung steht. In allen anderen Gesellschaftsklassen fühlt man ganz anders, als es in der Zeitung steht, aber die öffentliche Meinung erhebt nichts davon, und die, welche sich dagegen auflehnen, werden mit so schweren Strafen bestraft, daß nur wenige den Mut aufbringen, öffentlich zu protestieren. Aus langer persönlicher Erfahrung aber, die mir von allen Seiten bestätigt wird, weiß ich, daß der Wunsch nach Frieden beinahe allgemein ist, und nicht nur unter den Soldaten herrscht, sondern in allen verdienenden Klassen und ganz besonders in den Industriezentren, trotz der hohen Löhne und der reichlichen Arbeitsgelegenheit. Wenn das Volk darüber abstimmen könnte, ob Friedensverhandlungen eingeleitet werden sollten, so bin ich überzeugt, daß die bei weitem überwiegende Mehrheit der Nation dafür stimmen würde, und das gleiche dürfte auch auf Frankreich, Deutschland und Oesterreich-Ungarn zutreffen.

Vor allem aber weiß ich, daß der Krieg auch immer endigen möge, der Ausgang niemals so wichtig wie der Frieden sein kann. Der Schaden, den uns ein Frieden schlägt, der nicht alle unsere Wünsche befriedigt, ist nichts im Vergleich zu dem Unheil, das die Fortsetzung dieses Gemehls heraufbeschwört. Die Machthaber der einzelnen Staaten sprechen von dem, was sie selbstlicher Weise als die Interessen ihrer verschiedenen Völker erkennen, ich dagegen fühle mich aus innerster Ueberzeugung verpflichtet, im Namen Europas für das wahre Heil aller dieser Nationen zu sprechen. Und im Namen Europas siehe ich Sie an, und den Frieden zu scheuen. Vertrand Russell.“

Notizen.

Theaterchronik. Die Kleinen Hauskomödien am Kollenderplatz werden am Sonnabend eine tragische Alltagskomödie „Idealisten“ von Erich Kästner aufzuführen. Das Stück ist den einst weltbekanntesten Singpielen Der Zigeuner (1767—1895) entnommen.

Vorträge. Der Beginn des für Donnerstag angelegten Urania-Vortragszyklus von Dr. S. Berndt: „Ueber Erhaltung, Erziehung und Entwicklung“ muß bis zum 25. Januar verschoben werden.

Der Kollenderplatzträger Dr. Banay, der aus der russischen Gefangenschaft während des Krieges nach Wien zurückkehrte, folgt einem Ruf nach Upsala. Er erhielt den Nobelpreiz für seine Forschungen über die Gleichgewichtsbildung in der Gelschmelze und im Vakuum sowie über die Bewegungszentren im Kristallin.

Kriegsanleihermarken. Deutschland hat im Gegensatz zu anderen Ländern bisher keinerlei Kriegsanleihermarken ausgegeben. Es soll aber jetzt, wie die „Frankf. Ztg.“ erfährt, der Gedanke erwogen werden, zur Erinnerung an die nächste Kriegsanleihe eigene Briefmarken herauszugeben, die nur den Anteilgeheimen zugestellt werden würden.

Ums Menschentum.

Ein Schiller-Roman von Walter von Moia.

Müde und übermüdet sah die Vischerin auf der grünen Bank und erwartete ihren Zimmerherrn.

Es war die ungeschickteste und drum schönste Zeit zum plausieren, wenn der Regimentmedikus frühmorgens vom nächstlichen Lazarett heimkam und die Kinder noch schliefen. Dann konnte man „Bischurieren“ nach Herzenslust.

Sie sah durchs Fenster in die sonnenhelle Gasse hinaus, auf der schon Hauben und würdige Dreispitze vorüber zogen. Das schmale Fensterrahmen mit den schwachblauen Augen, die wenig von Witwenentragung erzählten, richtete das Hauptlein und reichte gähnend die Beine. So lange kam er nicht! Sie zählte melancholisch und doch in wohliger Erwartung gespannt, die leeren Weinflaschen, die auf dem Kartoffelhaufen in der Zimmerede, wie Leichen auf dem Schlachtfeld, lagen.

„Oh mei, oh mei,“ seufzte sie und sah sehnsüchtig nach dem Alkoven, in dem das mit Berbedecken geschmückte Bett stand, „er kommt so spät heut; am End' wachet mir gar selber's Büble auf. Zum Streicher kann er doch nicht schon wieder sei, der verfluchten Musik wege? Er ist so gar nicht ruh'fam! Ist nur das verfluchte Schreibe daran schuld!“ Sie sah ärgerlich hinter den Ofen, nach dem Stöße der aufgeschichteten „Mäuder“, deren oberste Blätter leise im Morgenwind zappelten, der durch das billige Logis mit den wackeligen Türen schallte.

Der Vischerin Antlitz verteilte sich. „I mein' gar, er kommt!“ Sie hob das fertige Köpfelein und zupfte am Hutentuch. Sie hörte und seufzte aufgeregt die Lippen. „Du liebes Herrgöttele,“ sagte sie enttäuscht, als statt Schillers, ein plumper, blödsinniger Kerl mit arg geflüster Uniform schwerfällig hereinpolierte. „Der Kronenbitter! I hab' g'meinet, es sei sei Herr!“

„Des muß dann allerdings 'e düstere Enttäuschung g'weise sei!“ grinste Schillers Bürsche und blühte sich mühselnd zu dem Kartoffelhaufen nieder, bis er im Wirtswart eine halbzerbrochene Tompfeife fand, die er noch nützen konnte und hurtig, soweit es die angeborene Faulheit erlaubte, mit seinem Herrn Tabak füllte. „Der Herr Regimentmedikus kommt

heut net so schnell. Er s'cht nach Hohenheim zum Herzich besohle worden.“

„Zum Herzog? Jetzt wird alles schlecht! I hab' ihm wolke de heiße Kopf streichle, und er ist zum Herzog?“

„Kopf streichle? Der Fouierische lehnte sich schwer an den wackeligen Tisch, auf dem Bücher, Papiere und Federkiele wolke Verdrückerung hielten. „hent Se lei Weine vor mich? Das ischt g'scheiter!“

„In aller Herrgott'sfröh wird net g'offe!“ Die Vischerin war ganz verzagt. „Er ist sicher zum Herzog g'riebe worden, wege dem Maleszbr'ief vom Marxer aus Graubünden, der ihm g'schriebe hat, er soll widerrufen, daß sie in Graubünden Ganner seien. Wenn sie ihn nur jetzt nicht den Halsprozeß mache!“

„Mit sei'm Dichte ischt das a furiose Soch!“ meditierte Kronenbitter bedächtig und wachte in die Luft. „a muß wie a Vieh im Mensch' drinne sei; er s'chreihet net s'chill, wenn i ihm de Rod j'ammelische will; zweimal hab' i 'n g'schloche mit d'r Nadel, wo er sehr viel Beihet hat.“

„Oh mei, oh mei, Kronenbitter,“ jammerte die besorgte Frau, „es gehet ihm an den Kragen zu Hohenheim; i muß jetzt zu meine Rindbe! Ald' Er sei'm armen Herr' zumindes de Rod j'amme; er hat'n beim Schreibe völlig durchg'wehet! Dort hangt 'r an der Wand.“

Zwei Stunden mußte Friedrich Schiller im Vorzimmer stehen, durch das die hochmütigen Lakaien liefen. Er zwang sein wildes Herz zu ruhigem Gang; die Entscheidung kam. Er mußte allzugut, was n' Karl Eugen derart lange und verächtlich warten ließ! Das Jittern seiner geknechteten Rindheit befiel ihn wieder; die Umgebung erdrückte die Gegenwart. Petersens Wort fiel ihm ein. Der hatte behauptet, daß Karl Eugen seit neuestem stets die Wiener Hofstellung annähme, die er dem Kaiser abgepficht hätte.

„Er soll einreisen!“ sagte der Kammerhufar und maß ihn wegwerfend. „Bisch' Er sich vorerst die Füße ab!“

Während ging Karl Eugen auf ihn zu; seine Rede überfiel Schiller wie ein Begelegeter.

„Er Schwein Er, vermaledeites! Kann Er mir bloß Inkommoditäten machen? Was glaubt Er denn eigentlich, daß Er sei? Aus dem Dred hab' ich ihn gezogen, aufgefüttert hab' ich ihn, körperlich und geistig, und Er danket es mir durch Frechheiten? Er verwickelt mich mit dem Aus-

lande in Händel? Warum hat Er in Seinem Luderssüß, für das ihn unsere Büsche zu schlecht war, die Graubündner beleidigt? Er, Koybursche, Er, der Er hinter den Ohren nicht trocken ist, benimmt sich, als hält' Er das Recht, Seinen Herrn zu demühen! Wie kann Er schreiben, daß Graubünden das Kissen der Räuber sei? Widerruf' Er! Seitdem sie dort die große Bande gehalten haben, ist Ruhe im Land. Gaumereien gibt's überall! Widerruf' Er, Kleinmütig und demütig, auf der Stelle! ...

„Der Garteninspektor aus Ludwigsburg, Seines Vaters Konkurrent, sagt mir, daß er mit seinem Einflusse kann die Kongressualversammlung von ernstern Schritten abhalten konnte! Und das jetzt, wo ich verneinte, Geld im Graubündner-Lande aufzutreiben! Sit ich Sein domestique oder ist er der meine? Ich schmeiß' ihn aus dem Regiment, ich coffier ihn insan, wenn Er noch eine Heile schreihet! Ich seh' ihn auf die Festung, bis Er Nation annimmt, und wenn's Sein ganzes Leben dauert! Vermaledeites Kreatur! Wer hindert mich, daß ich ihn eine herunterhan? Steh Er gerade! Halt Er seinen Mund; ich hab' keinerlei Lust, Sein Gewäsche anzuhören! Keine opinion (Meinung) weiß Er jetzt! Seinem Vater hab' ich zugewunken, der denket wie ich! Weggetreten! Petitionen und Bittbriefe werden nicht angenommen; Seinem General hab' ich Weisung gegeben, daß er ihn einsperrt, wenn er noch einmal wagen sollte, mich zu belästigen! Weg! Er ist kein Mensch wie wir, merl' er sich das endlich!“

Die Tür hieß hinter Karl Eugens Wulsthaub zu, der Dvasspiegel zitterte auf der seidenen Tapete, höhnisch grinzten die goldenen Schürkel aus allen Ecken. — — —

Hügelab, hügelab wanderte Schiller, in seinen Ohren braute das beleidigte Blut. Ein wider Neigen schlang sich in seinem Kopf: Lazarett, Herzog, Geldsorgen, Scharffenstein und Streicher. Ueberhob er sich nicht gegenüber dem ewigen Besetz? Schubarth trat in dem Herensabbath seiner Qualen ein. Traurig und mahrend sah er ihn an. Aus der Landschaft hing drohend der Hohl-Köperg auf. Das Erlösungslicht brach aus Schillers Blut. Himmelwärts ging er und ließ die grüne Erde unter sich. Seine Knochen sollten nicht in Schwaben verfaulen.

Sein Schritt lief der Solitüde zu. (Schluß folgt.)

Der Seekrieg.

Ein deutsches U-Boot in holländischen Gewässern angehalten und wieder freigegeben.

Haag, 15. Januar. Amtlich. Am Sonntag ungefähr 4 Uhr 15 Minuten nachmittags ist etwa eine Seemeile innerhalb der niederländischen territorialen Gewässer ein deutsches U-Boot angetroffen worden, das infolge des Nebels und der Flut aus dem Kurs geraten war. Durch ein Fahrzeug des holländischen Unterwassertendienstes wurde dem U-Boot befohlen zu anhalten und die Entschlüsselung der Regierung abzuwarten. Die Regierung hat, nachdem der U-Boot-Kommandant die schriftliche Erklärung abgegeben hatte, daß er den ganzen Tag über nicht mit feindlichen Streitkräften in Fühlung gewesen sei und die Anwesenheit innerhalb der territorialen Gewässer nicht die Folge einer Verfolgung durch feindliche Streitkräfte gewesen sei, dem U-Boot gestattet, wieder in See zu gehen. Die Regierung hat dieses in der Erwägung getan, daß die Bitterungsbeziehungen die Ursache für die unbewachte Anwesenheit auf niederländischem Gebiet waren.

Aus Vlissingen wird hierzu gemeldet, daß das U-Boot von holländischen Marinefahrzeugen wieder außerhalb der territorialen Gewässer gebracht worden ist.

Sazaretttschiffe als Truppentransportdampfer.

Rön, 16. Januar. Die „Albinische Zeitung“ schreibt offiziell: Es sei immer wieder darauf hingewiesen, daß die Feinde nach wie vor ihre Sazaretttschiffe zu Truppentransporten mißbrauchen. Dieses dem Völkerrecht und der Menschlichkeit gewissermaßen ins Gesicht schlagende Verfahren konnte in der letzten Zeit wieder ganz besonders im englischen Kanal beobachtet werden.

Verseht. Klobds meldet: Der britische Dampfer „Brookwood“ (3000 Tonnen) und der norwegische Dampfer „Tanolma“ (1800 Tonnen) sollen versenkt worden sein. Der norwegische Dampfer „Graaffeld“ stieß auf eine Mine und lag in die Luft. Fünf Matrosen wurden gerettet, die anderen sind verloren. Droner Blätter melden die Versenkung des französischen Seglers „Saint Michel“ (174 Tonnen). Die Verletzung wurde gerettet.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

Die Einbringung des Etats.

Vor gut befehltem Hause brachte am Dienstag der Finanzminister Lenge den preussischen Etat ein. Seine Rede bietet ein übersichtliches Bild der Finanzen, wie sie sich durch den Krieg gestaltet haben. Daß die Einwirkungen des Krieges sich in erster Linie bei den Staatsfinanzen bemerkbar machen würden, war von vornherein einleuchtend. Wenn, wie es zu Anfang des Krieges der Fall war, das ganze Wirtschaftsleben stoch, wenn die Einnahmen zurückgehen und die Ausgaben steigen, dann geraten naturgemäß auch die besten geordneten Finanzen in Unordnung. Deshalb braucht man das Defizit von 106 Millionen, mit dem das Rechnungsjahr für 1915 abschließt, nicht allzu tragisch zu nehmen, um so weniger, als 100 Millionen davon durch die erhöhten Steuerzuschläge wieder gedeckt sind, die der Landtag vor Jahresfrist beschlossen hat.

Bedenklicher ist es schon, daß die Eisenbahneinnahmen aus dem Personenverkehr im Jahre 1915 allmonatlich hinter dem Vorschlag zurückgeblieben sind und daß der Eisenbahneretat Mindererträge von 96 Millionen Mark aufweist. Da der Ausgleichsfonds bis auf 6,2 Millionen Mark erschöpft ist, so fehlen also 89,8 Millionen, die auf Defizitumlage genommen werden müssen und dauernd den Staatshaushalt belasten. Trotz alledem kann man, wenn man alle Verhältnisse berücksichtigt, mit dem Abschluß für 1915 noch zufrieden sein.

Das Jahr 1916 hat in vieler Hinsicht die gleiche Entwicklung genommen. Das Steuerjoll hat sich gegen 1915 sogar erheblich verbessert, ein Beweis dafür, daß sehr viele Einkommen in die Höhe gegangen sind. Voraussichtlich wird das Ergebnis — abgesehen von den hundert Millionen aus den erhöhten Steuerzuschlägen — noch um 60 Millionen Mark über den Vorschlag hinausgehen. Die übrigen Einnahmequellen lassen leider derartige angenehme Ueberraschungen nicht erwarten, sie bleiben teilweise tief hinter dem Vorschlag zurück, und es besteht auch keine Aussicht, daß sie im Laufe des Jahres in die Höhe gehen werden.

Die Vespredung des Etats beginnt am Donnerstag, sie wird spätestens am Freitag beendet sein.

Die nationalliberalen Abg. Frisch und Genossen haben dem Abgeordnetenhaus den folgenden Gesetzentwurf zur Aufhebung des Disziplinarmittels der Arreststrafe eingereicht:

§ 1. Alle gesetzlichen Bestimmungen, welche die Verhängung der Arreststrafe als zulässiges Disziplinarmittel gegen untere Beamte der Staats- und der Gemeindebehörden innerhalb der Monarchie vorsehen, werden aufgehoben.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Es erben sich Gesetz und Rechte . . .

Die preussische Regierung will dem Landtag das Gesetz über die Fideikommissionen wieder vorlegen. Von sozialdemokratischer Seite ist das ganze Fideikommissionenwesen, das heutzutage einen beträchtlichen Teil der preussischen Grundfläche (mehr als die Provinz Hannover) in den Händen weniger Familien bindet, schon oft als völlig überlebt bezeichnet worden. Im Jahre 1848 waren die Fideikommissionen schon einmal gänzlich beseitigt, in der folgenden Reaktionszeit wurden sie wieder hergestellt. Die preussische Regierung steht auch jetzt auf dem Standpunkt, die Bildung von Fideikommissionen nicht etwa hinauszuhalten, sondern zu begünstigen; diesen Zweck verfolgt auch die ungeländigte Vorlage. Im „V. L.“ wendet sich ein Mitglied eines der obersten preussischen Gerichtshöfe mit beachtenswerter Schärfe gegen diese Absicht. In dieser Zuschrift wird darauf hingewiesen, daß es jetzt doch wohl nicht die passende Zeit sei, die gesetzgebenden Körperschaften mit solch verhältnismäßig nebensächlichen, nur den Interessen einer zwar bisher sehr einflussreichen, aber dünnen Oberschicht des Volkes dienenden Vorlagen zu beschäftigen.

Unseres Erachtens gehört die Frage der Fideikommissionen zu denen, die allerdings bei einer Neuorientierung eine gründliche Beachtung verdienen, aber nicht im Sinne der preussischen Regierung.

Professor v. Schmollers zwar und aber.

Professor v. Schmoller, dessen Ausführungen über die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden in seinen Jahrbüchern Gegenstand heftiger öffentlicher Kritik waren, nimmt

jetzt in der „Täglichen Rundschau“ zu einer längeren Verteidigung seines Standpunktes das Wort. Seine Darlegungen sind mit sorgfältigen „Zwar-Aber“ und „Einerseits-Anderseits“ eine Blüte jener gemäßigten-professoralen Vorsichtspolitik, die ängstlich jeder klaren Darstellung aus dem Wege geht. In Schmollers Darlegungen stehen einige durchaus vernünftige Sätze, doch die Freude über jeden von ihnen ist nur kurz, denn hinter jedem erhebt sich ein drohendes „Aber“, um das eben Gesagte wieder zu 75 Proz. für ungültig zu erklären.

Einige Beispiele: Schmoller erklärt das westdeutsche Judentum für eine „glückliche Zugabe zur germanischen Rasse.“ aber — es schließt doch keine geschäftliche Ueberlegenheit, die es oft durch zweifelhafte Mittel ausnutze, die „Gefahr sozialer Verstimnungen und Kämpfe“ ein. Der jüdische Wucher habe zwar stark abgenommen, aber — vorhanden sei er immer noch. Die Nichtwahl von tüchtigen Juden zum Kaiserbefehlshaber „ist gewiß ein Verstoß gegen die versaffungsmäßig garantierte Rechtsgleichheit.“ aber es erscheint heute noch nicht angezeigt, das freie Wahlrecht des Offizierskorps aufzuheben. Daß ein jüdischer Offizierskandidat, sobald er sich taufen läßt, in der Regel gewählt wird, „empört die Gefühle aller freier Denkenden“, aber — es darf auch nicht übersehen werden, daß die strengen und orthodoxen Christen an eine innerlich umbildende Wirkung der Taufe glauben. Der freidenker findet zwar mit Recht, „daß es meist die charakterlosen Juden sind, die sich aus äußerlichen Gründen taufen lassen“, aber — „wer auf mythisch-orthodoxem Standpunkt steht, wie ein Teil unserer östlichen Landaristokratie, ein großer Teil unserer Offiziere, kann nicht so urteilen“. In hundert Jahren werde das Meiste, was die besten Männer auf beiden Seiten heute beklagen, bejeitigt oder doch stark gemildert sein, aber — „von heute auf morgen lassen sich bestehende Massenüberzeugungen und entsprechende Sitten nicht ändern.“

Das ist eben der Kardinalfehler von Männern wie Schmoller und seinesgleichen, daß sie immer für den Fortschritt und die Weiterentwicklung eintreten, vorausgesetzt, daß es bis zur Erreichung der nächsten Etappe noch hundert Jahre dauert. Vor jeder raschen Entwicklung verspüren sie dieselbe Angst wie jener Hauptmann in Georg Büchners „Woyzeck“, der entsetzt seinen Burken fragt, womit er denn die vielen Minuten und Sekunden seines Lebens ausfüllen wolle, wenn er mit dem Rasieren zu früh fertig wird.

An einer anderen Stelle seiner Darlegung beklagt Schmoller, daß die 600 000 deutschen Juden nicht nur aus Nathan-Naturen beständen, dann gäbe es überhaupt keine Judenfrage mehr. „Aber wir haben auch noch Schlock-Naturen, und die Mehrzahl der Juden steht vielleicht zwischen diesen beiden Extremen in der Mitte.“ Schmoller ist allerdings gerecht genug, gleich hinzuzufügen: „Ganz ebenso ist es freilich auf christlicher Seite.“ Für einen Sozialdemokraten sagt Professor Schmoller nur etwas Selbstverständliches. Wir wissen, daß keine Rasse, Nation oder soziale Schicht nur aus lauter Engeln oder aus lauter Dämonen besteht, sondern in der Hauptsache aus Mittelnaturen. Aber eben deswegen ist es unfinnig, zu verlangen, daß jeder Jude ein Mann wie Lessings „Nathan der Weise“ sein soll. Es ist ja auch nicht jeder Deutsche der Wirkliche Geheimrat Eggellens Professor Gustav v. Schmoller.

Demokratie und Demagogie.

Unser Aufsatz „Demokratie und Kriegführung“ (Nr. 14 d. W.) hat in der Presse der Rechten einen ungewöhnlichen Sturm der Entrüstung erregt. Es scheint somit, daß sich die Herren an ihrem empfindlichsten Punkt getroffen fühlen. Darauf läßt auch die Art ihrer Polemik schließen, die in abenteuerlicher Verdrehung unserer Ausführungen darauf hinausläuft, zu behaupten, wir hätten gewünscht, daß die Befürworter einer gewissen Kriegsmethode ins Zuchthaus gesperrt würden!

In Wirklichkeit haben wir aber nur auseinandergesetzt, was den Herren passieren würde, wenn wirklich noch die von ihnen gepriesenen „Grundlagen“ beständen, „auf denen der Staat groß geworden ist“, und wir haben deutlich genug hinzugefügt, daß nie man d wegen seiner Meinungsäußerung ins Zuchthaus gesperrt werden soll. Aber zugleich haben wir auf den Widerspruch hingewiesen, der darin besteht, daß dieselben Leute, die als Gegner der Demokratie operieren, das Volk zur Entscheidung über die heikelste Frage der deutschen Kriegführung anrufen. Wer während eines Krieges von Wirtschaft zu Wirtschaft zieht, um auf die Regierung zu schimpfen, und wer in einer Frage, die nur nach ruhiger Ueberlegung auf Grund genauester Kenntnis der Unterlagen entschieden werden kann, an die Leidenschaft der Massen appelliert, der mag durch sein Verhalten Segen stiften oder Schaden anrichten, gleichviel — auf keinen Fall kann er ändern einen Vorwurf daraus machen, daß sie grundsätzliche und konsequente Demokraten sind. Jedes Wort, das von dieser Seite noch gegen die Demokratie gesprochen würde, wäre die unehrlichste Demagogie der Welt.

Tagung des Frauenbeirats des Kriegsernährungsamts.

Am 15. Januar trat der Frauenbeirat des Kriegsernährungsamtes zu seiner dritten Sitzung im Kriegsernährungsamt zusammen. Herr v. Batacki sprach über die Ernährungsschwierigkeiten und die Maßnahmen, welche getroffen sind, um ihnen zu begegnen. Ein Arbeitsplan, der die Aufgaben des Frauenbeirats bestimmt, wurde genehmigt. Ferner referierte der Vorsitzende der Reichsstelle für Gemüse und Obst über Aufbau und Verteilung von Gemüse und Obst.

Doch ein Volk von Händlern.

Auf einer Versammlung des Bundes der Landwirte in Höftgrube, über welche die „Deutsche Tageszeitung“ sehr eingehend berichtet, sprach Dr. Diederich Hahn. Er zog — o Ironie der Zeiten — mit großer Heftigkeit gegen den „Affessorismus und Korporalismus“ zu Felde, allerdings nur in den Kriegswirtschaftsstellen, deren preisregelnde Tätigkeit vom Bund der Landwirte heftig bekämpft wird. Herr Diederich Hahn will von jenen überhaupt nichts wissen, er verlangt, die Verteilung und Verfertigung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen müsse in den Händen der Erzeuger und Händler bleiben, die damit umzugehen bestanden“. Die „Deutsche Tageszeitung“ wirft uns mit Vorliebe vor, wir bezüchteten in diesem Kriege das deutsche Volk vom Händlerstandpunkt, während sie es als Volk von Selben bewerte. Der ihr nahestehende Dr. Diederich Hahn sieht aber doch, nach dieser Uebersetzung zu schließen, zum mindesten in der deutschen Landwirtschaft mehr ein Volk von Händlern als von entfangungsreichen Selben. In einer anderen Stelle seiner Rede heißt es auch: „Man solle weise Kontingentieren und rationieren, aber ohne daß der

Bauer Schaden erleide“. Wie paßt das zu dem Gedank, das der Bund der Landwirte erst jüngst in seiner Fuldigungsadresse an den Kaiser abgelegt hat, jedes Opfer und jede Entbehrung auf sich nehmen zu wollen?

In einem anderen Teil seiner Rede forderte Dr. Hahn, daß der U-Boot-Krieg unter, nicht über Wasser geführt werde. Die Versammlung nahm eine entsprechende Resolution an.

Eine „Staats-Arbeiter“-Kandidatur in Spandau-Ostthailand.

Während die Verhandlungen zwischen Liberalen und Konservativen zwecks Aufstellung einer bürgerlichen Sammellandidatur in Spandau-Ostthailand anscheinend auf dem toten Punkt angelangt sind, taucht inzwischen eine neue Kandidatur ganz eigenartiger Färbung auf. Wie uns aus Spandau gemeldet wird, hat die „Deutsche Staatsarbeiter- und Arbeitergemeinschaft“, die in Spandau durch fünf Verbände auf den Militärtechnischen Instituten vertreten ist, beschlossen, bei der bevorstehenden Erziehung eines Kandidaten aus ihren eigenen Reihen aufzutreten, und zwar den ersten Vorsitzenden Eugen Fortenbacher aus Spandau. Die „Arbeitergemeinschaft“ hat mit den anderen bürgerlichen Parteien Verhandlungen gepflogen, um sie zur Zurückziehung ihrer Kandidaturen zugunsten der „Arbeitergemeinschaft“ zu bewegen, bisher ohne Erfolg. Doch werden die Verhandlungen fortgesetzt. Jedenfalls will die „Arbeitergemeinschaft“ ihre Kandidatur unter allen Umständen aufrecht erhalten; sie erfolgt unter dem Gesichtspunkte, daß Fortenbacher im Fall seiner Wahl sich keiner Partei anschließt, sondern Wähler bleibt.

Zu den Vorgängen im bürgerlichen Lager weiß eine lokale Korrespondenz noch folgendes zu berichten: Kürzlich sprachen sich auf nationalliberale Einladung die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Kreise über die Stellungnahme bei der kommenden Reichstagswahl aus, ohne zu einem bindenden Ergebnis zu gelangen. Gestern versammelten sich die Vertrauensmänner der fortschrittlichen Volkspartei, um zu derselben Frage Stellung zu nehmen. Nach einem Bericht des Stadtrats Weber-Spandau über den Verlauf der Potsdamer Verhandlungen erörterte man ausgiebig die persönlichen und taktischen Fragen für die Wahl. Man einigte sich dahin, eine weitere Entscheidung der sozialdemokratischen Partei abzuwarten. Einen Kandidaten der Parteimehrheit beabsichtige man des Burgfriedens wegen nicht zu bekämpfen. In diesem Sinne haben sich führende Persönlichkeiten der Konservativen und der fortschrittlichen Wahlkreisorganisationen bereits geäußert.

Feuerungszulagen für Staatsarbeiter. Im Anschluß an die Anweisungen über die einmaligen Kriegsteuerzulagen für die Beamten ist angeordnet worden, daß solche Zulagen auch den in den preussischen Staatsverwaltungen beschäftigten Arbeitern, deren Lohnbezüge während des Krieges nicht wesentlich erhöht sind, zu zahlen sind. Nach den darüber ergangenen Verfügungen betragen die im Dezember 1916 und Januar 1917 zahlbaren Zulagen insgesamt für ledige Arbeiter 40 M., für verheiratete Arbeiter ohne Kinder unter 14 Jahren 100 M., für verheiratete Arbeiter mit einem Kinde unter 14 Jahren 120 M., für jedes weitere Kind unter 14 Jahren 10 M. mehr. Weibliche Arbeitskräfte werden ebenfalls berücksichtigt, und zwar so, daß Frauen im allgemeinen die gleiche Zulage erhalten wie die ledigen Arbeiter, daß aber die verwitwen, geschiedenen und ehedemlosen Frauen, die Kinder unter 14 Jahren zu unterhalten haben, den verheirateten Arbeitern mit der entsprechenden Kinderzahl gleichgestellt werden.

Keine Kriegswahlen nach der R.V.D. Der Bundesrat hat folgende Verordnung erlassen: Der in der Bekanntmachung, betreffend die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, vom 18. April 1916 (Reichs-Gesetzl. S. 821) bestimmte Zeitpunkt, bis zu welchem die Amtsbauer der Vertreter der Unternehmer oder anderer Arbeitgeber und der Versicherten bei Versicherungsverbänden und Versicherungsträgern sowie der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts und der Landesversicherungsämter längstens erstreckt worden ist, wird auf den Schluß des Kalenderjahres festgesetzt, das dem Jahre folgt, in welchem der Krieg beendet ist.

Letzte Nachrichten.

Die Ultimatum-Kommentare in Athen überreicht.

London, 16. Januar. (W. T. S.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Ich erfahre jetzt, daß am Sonnabend die alliierten Mächte mit Einschluß Italiens, das an der Note an Griechenland vom 31. Dezember nicht beteiligt war, ihre Kommentare zur griechischen Note vom 11. Januar überreicht haben.

Die neue Note scheint ziemlich umfangreich zu sein. Die Regierungen verlangen neuerdings die Kontrolle über Post und Telegraphie, die sie nach den Ereignissen vom 1. und 2. Dezember verloren haben. Sie versprechen, die Kontrolle nicht auf eine für die griechische Regierung hinderliche Weise durchzuführen. Ferner verlangen sie öffentliche Genehmigung für ihre Flotte, sofortige Freilassung der gefangenen Seizelisten, Schadenersatz für alle bei den Ereignissen in den beiden ersten Dezembertagen umgekommenen Personen und die Entfernung des Generals, der damals den Befehl führte. Endlich verlangen sie, daß alle in den Notizen vom 14. und 31. Dezember und vom 8. Januar gestellten Bedingungen genau erfüllt werden. Solange das nicht geschehe, könne von einer Aufhebung der Blockade nicht die Rede sein. Es wird kein Termin gestellt. Die vier Regierungen glauben offenbar noch immer, daß sie instand sein werden, mit König Konstantin das eine oder das andere, befriedigende Abkommen abzuschließen.

Der General vom 1. Dezember.

Siraud, 15. Januar. Rufermeldung. General Gallari, der während der Ereignisse vom 1. Dezember Kommandant des ersten Armeekorps war, wurde durch den Adjutanten des Königs Hannbliss, der im Kabinett Skuludis Kriegsminister war, ersetzt.

Schweizer Vorsichtsmaßregeln.

Bern, 16. Januar. Meldung der Schweizerischen Depeschagentur. Die Verhältnisse hätten es dem Bundesrat im Einverständnis mit der Armeeleitung erlaubt, während der letzten Monate die Truppenbestände an der Grenze erheblich herabzusetzen. Der Bundesrat hat es jedoch seit Anfang des Jahres für angemessen betrachtet, ausgebreitere Vorsichtsmaßregeln zu treffen und deshalb die Mobilisation der zweiten Division, sowie der noch nicht aufgeborenen Teile der vierten und fünften Division auf den 24. Januar anzunordnen. Der Bundesrat ist nach wie vor überzeugt davon, daß die beiden kriegsführenden Parteien auch in Zukunft die Neutralität der Schweiz respektieren werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Erneute Teuerungszulage in der Berliner Lederwaren-Industrie.

Wegen der täglich steigenden Teuerung der gesamten Lebenshaltung schloß sich die Zeitung des Verbandes der Sattler und Portefeulienherren, bei der Vereinigung Berliner Lederwaren-Fabrikanten erneut das Ansuchen zu stellen, die am 28. März 1916 erteilte Teuerungszulage zu erhöhen. Eine Fabrikantenversammlung hat die Berechtigung dieses Verlangens anerkannt und beschlossen, ab 15. Januar 1917 weitere 10 Proz. allen Zeitlohn, Affid- und Heimarbeitern zu zahlen. Die erweiterte Teuerungszulage kommt am 20. beziehungsweise 27. Januar erstmalig zur Auszahlung. Den Portefeulien- und Reiseartikelarbeitern wird empfohlen, bei der nächsten Lohnzahlung ihre Arbeitgeber, soweit sie dem Beschluß nicht nachkommen, an diese Verpflichtung zu erinnern. Unternehmer, die sich dagegen sträuben, sind sofort der Ortsverwaltung zu melden.

An die Vereinigungen der übrigen Lederwarenindustrie ist das gleiche Ansuchen ergangen, jedoch stehen die Resultate noch aus. Jedoch ist zu erwarten, daß auch hier das gleiche in Berlin bewilligt wird.

Aus der Schlichtungskommission für Militärschneiderarbeiten.

Kompagnieverhältnisse.

Eigenartige Kompagnieverhältnisse, meist ziemlich loser Natur, kennt man in den Sitzungen der Schlichtungskommission für Militärschneiderarbeiten kennen.

Da erscheint in der letzten Sitzung wieder einmal Frau Venede, der Kommission aus anderen Terminen schon bekannt. Sie ist diesmal Klägerin und verlangt durch Klage gegen Frau Alifat Herausgabe von Militärschneidern. Sie will sie gern nach Spandau in das Bekleidungsamt liefern, von dem sie Arbeitsaufträge hatte. Frau Alifat verlangt dagegen noch Geld von ihr. So stellt sich heraus, daß zwischen Frau A. und Frau V. eine Verabredung zur gemeinsamen Verwertung der Aufträge an Militärschneiderarbeiten bestand, die Frau V. vom Bekleidungsamt erhielt. Frau Venede erklärte dies so: „Ich erhielt die Aufträge, hatte aber keine Maschinen. So habe ich mit Alifats vereinbart, daß sie die Räume und die Maschinen zur Verfügung stellen. Es sollte auf Teilung gearbeitet werden. Als ich keine neue Arbeit mehr bekam, da sollte ich aber an Frau A. noch den Verlangen ihres Mannes nach Rückkosten und andere Unkosten zahlen. Herr A. sagte, erst wenn ich noch Zahlungen leistete, bekäme ich die Blusen heraus.“

Frau Alifat erwiderte, sie verlange nur von Frau Venede die Erfüllung ihrer Verpflichtungen. Frau V. sei noch erheblich mit Geld im Verzuge. An sich wolle sie die Sachen gar nicht verweigern. Die Blusen seien nun fertig. Sie wolle nur ihr Geld. Sie habe an die Arbeiterinnen schon erheblich mehr an Löhnen gezahlt, als sie von Frau V. erhalten habe. Den größten Teil der Unkosten habe sie bezahlt.

Der anwesende Anwalt der Beklagten Alifat stellt fest, daß er einen Arrest auf die Ansprüche der Klägerin Venede an das Bekleidungsamt bis zur Höhe von 600 M. ausgedrückt hat.

Ein Beisitzer macht die Beklagte aufmerksam, daß sie die Militärschneiderei gar nicht zurückhalten dürfe, da es sich um fiskalisches Eigentum handele.

Schließlich schlossen die Parteien einen Vergleich dahin: Sie sind bereit, eine beiderseitige genaue Abrechnung vorzunehmen. Die Blusen sollen durch Frau Venede abgeliefert werden. Frau V. ist damit einverstanden, daß sich Frau A. aus den geforderten 600 M. bezahlt macht, wenn das Bekleidungsamt in Spandau die Sachen abgenommen hat.

Ein zweites Kompagnieverhältnis, das auf demselben Boden gewachsen ist, aber doch wieder seine Eigenart für sich hat, kam in derselben Sitzung zur Sprache. Herr Schmidt, der zwölf Leute beschäftigt hat, macht gegenüber dem als Delonmehandwerker nach Spandau eingezogenen Wöhmer eine Rechnung über Geschäftskosten auf, zusammen über etwa 1100 M., insbesondere für Miete und für Arbeitszwecke verwendetes Gas für etwa 1 1/2 Jahre. Hier hatte die Aufträge vom Bekleidungsamt der dort militärisch eingezogene Delonmehandwerker Wöhmer befohlen und der Kläger S. war die ausführende Person. Der Vertreter des Beklagten macht geltend, von einer Anrechnung von Geschäftskosten könne keine Rede sein, weil S. die tariflichen Zwischenmeisterlöhne bekommen hätte. S. bestreitet, Zwischenmeisterlöhne erhalten zu haben, und sagt ferner: Wöhmer habe ihm erklärt, er hätte kein Geschäft, ob S. nicht damit einverstanden sein wolle, daß sein Geschäft in Spandau beim Bekleidungsamt angemeldet werde. Auf Veranlassung S. habe er dann noch eine Stube zugemietet. Auch Krankenkasse, Gas und sonstige Unkosten habe S. ihn tragen lassen. Die Sachen seien direkt aus seiner Wohnung nach Spandau geliefert worden. Den Futterlohn allein habe Wöhmer gezahlt, der sich jeden Sonnabend seine 25 Mark geholt habe.

Schließlich erklärte sich der Vertreter des Beklagten damit einverstanden, daß dem Kläger die Beträge nachgezahlt werden, die am Zwischenmeisterlohn fehlten. Es sollen entsprechende Feststellungen getroffen werden.

Erst dem letzten Arbeiter seinen Lohn.

Der Zwischenmeister Rosental klagt gegen Frau Venede, deren Kompagniebeziehungen zur Frau Alifat wie oben dargelegt. Er ist auf eine Annonce von Frau Venede zu Alifat gekommen, wo sich Herr Alifat als Vertreter der Frau Venede vorstellte. Nachdem sich Herr A. seinen Betrieb angesehen hatte, erhielt er Arbeit. Kläger macht jetzt geltend, er habe nicht den Zwischenmeisterlohn erhalten. Die Differenz beansprucht er von Frau Venede.

Beisitzer Kunze vom Schneiderverband zum Herrn Rosental: „Weisen Sie erst mal nach, daß Sie Ihren Arbeiterinnen ordnungsmäßig die Tariflöhne gezahlt haben. Sie haben Wochenlöhne gezahlt, sollen aber nach dem Tarif Stücklöhne zahlen. Wahrscheinlich werden Sie noch nachzahlen müssen.“ Magistratsrat v. Schulz fragt Frau Venede, ob sie Rosental darauf aufmerksam gemacht habe, daß er den Tarif ausbilden und innehalten müsse. Frau Venede: „In mir hat der Mann auf eine entsprechende Frage gesagt, er sei Zwischenmeister und könne seinen Leuten zahlen, was er wolle.“

Auf die Vorhaltungen von Kunze meint Herr Rosental: „Ich möchte festgestellt wissen, ob ich die richtigen Arbeitslöhne gezahlt habe.“ Magistratsrat v. Schulz: „Na, sind Sie aber witzig. Ich vermute, Sie werden noch etwas darauf legen müssen.“ Rosental: „Ich möchte es aber festgestellt wissen. Dann können wenigstens meine Arbeiterinnen noch etwas bekommen, wenn ich nichts kriegen sollte.“

Die Schlichtungskommission beschloß: Rosental hat nachzuweisen, daß er an den letzten Arbeiter und die letzte Arbeiterin den tarifmäßigen für sie bestimmten Lohn gezahlt hat sowie die 10 Proz. Zuschlag, soweit sie in Frage kommen. Bis Rosental diesen Beweis geführt hat, kann seiner Klage gegen Frau Venede nicht stattgegeben werden.

Die Räte der Berliner Straßenreinigung. Von einigen Straßenreinigern Berlins wird uns geschrieben: Unter dieser Spitzmarke bringt die „Volkzeitung“ in ihrer Abendausgabe am Donnerstag, den 11. d. M., eine Notiz, die allen Bürgern Berlins, vor allem aber den Straßenreinigungspersonal selber zu denken geben sollte. Richtig ist an dieser Notiz eigentlich nur, daß die Zahl der Arbeitskräfte in der Straßenreinigung um etwa die Hälfte zurückgegangen ist und daß das so verminderte Personal das menschenmögliche leistet, um die nötigen Arbeiten zu erledigen.

Mit der wesentlichen Erhöhung der Löhne hat es aber ganz erheblich. Wohl haben auch einige Straßenreiniger seit Kriegsbeginn Teuerungszulagen bekommen. Diese Zulagen aber stehen weit hinter den Zulagen zurück, die Arbeiter anderer städtischer Betriebe erhalten haben. Denn während z. B. die Arbeiter der Kanalisationswerke ab 1. Juni v. J. 60 Pf. pro Tag Teuerungszulage nachgezahlt erhalten, wurde den Straßenreinigern erst ab 1. September 40 Pf. pro Tag nachgezahlt. In den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken hat inzwischen schon eine weitere Lohnzulage ab 1. bzw. 15. November stattgefunden. Aber bei uns „bleibt alles beim Alten“. So hat vor kurzem erst eine sehr hart bedachte Veranlassung der Straßenreiniger eine Erklärung angenommen, in der gegen die Zurückhaltung protestiert wird. Der „Vorwärts“ hat diese Erklärung vollständig abgedruckt. Verständlich ist man nun noch, daß in der Tat jetzt die Hälfte des Personals unter größter Anstrengung nahezu die gleiche Arbeit verrichten muß, wie früher die doppelte Zahl der Arbeitskräfte, so wird man zugeben müssen, daß von einer wesentlichen Lohn-erhöhung nicht gut die Rede sein kann. Die Neubildung der Straßen kostet dem Stadtsäckel jetzt nicht mehr, sondern weniger als in Friedenszeiten.

Es ist daher unrichtig, zu behaupten, wie es der Artikel-Schreiber der „Volkzeitung“ tut, daß es trotz der erheblich gestiegenen Löhne nicht möglich wäre, mehr Arbeitskräfte zu bekommen. Wenn der für unsere schwere und unangenehme Arbeit gezahlte Lohn nur einigermaßen den billigen Anforderungen genösse und den Leistungen anderer Schwerarbeiter gleichgestellt würde, dann bekäme auch die Straßenreinigung genügend Arbeitskräfte. Das ist unsere feste Überzeugung. Aber Hoffnung auf Besserung dürfen wir erst hegen, wenn die Organisationsverhältnisse bessere geworden sind.

Aus Industrie und Handel.

Die englische Kriegsanleihe.

Noch einmal die englische Kriegsanleihe! Und zwar um zu berichten! Charakteristisch für die Hemmungen, die der genauen Verbreitung wichtigster Finanznachrichten heute entgegenstehen, ist, daß bisher Falsches und Wahres über die Bedingungen der neuen englischen Kriegsanleihe durcheinander gehen konnten. Erst hier es, es werde ein steuerfreier und ein steuerpflichtiger Typus aufgelegt werden, dann war die Rede von einem einheitlichen Typus, und jetzt wird die Welt mit der Nichtigkeit überhäuft, daß die erste Meldung, wenn nicht genau, doch im Prinzip richtig war. Es wird eine fünfprozentige steuerpflichtige Anleihe zum Preise von 95 Prozent mit einer Laufzeit von mindestens 12 und höchstens 30 Jahren und eine vierprozentige steuerfreie Anleihe zum Nennwert aufgelegt. Die englische Regierung hat also dafür Sorge getragen, daß Kapitalisten, welche die jetzige und die sich vielleicht in Zukunft noch steigende Höhe der Einkommensteuer fürchten, ihre Gelder vor dem habgierigen Fiskus in Sicherheit bringen können. Demselben Ziele dient die Bestimmung, daß das aus der steuerpflichtigen Anleihe stehende Renteneinkommen nicht wie bisher an der Quelle durch eine Skuponsteuer getroffen wird, sondern erst bei der Einstellung in das Gesamteinkommen erfaßt wird, womit Steuerinterziehungen für und für geöffnet wird, freilich nicht mehr oder weniger als in den deutschen Bundesstaaten, wo man eine andere Erhebungsform der Einkommensteuer gar nicht kennt. Ein außerordentlich schätzenswertes Vorbild scheint uns die englische Regierung mit der Bestimmung geliefert zu haben, daß ein ständiger Tilgungsfonds von dem Anleiheerlös zurückzulegen und dauernd auf der Höhe von 200 Millionen Mark zu halten ist, womit Interventionskäufe im Falle eines Kursrückganges ermöglicht werden sollen.

Getreisperr.

Die Reichs-Getreide-Gesellschaft hat dem Deutschen Brauereibund mitgeteilt, daß die Getreidelieferungen bis in die erste Hälfte des Februars ausbleiben müssen, weil die Ablieferungen der Landwirte zurückgegangen seien und die Herstellung von Gruppen und des zur Brotbereitung notwendigen Getreidemehls vorgehe. Die Reichs-Getreide-Gesellschaft hofft aber, die Brauereien später in dem ihnen zugewilligten Maße beliefern zu können. Die Brauereien sind im allgemeinen mit Getreide bezw. Malz so versehen, daß sie bei spärlicher Wirtschaft bis Mitte Februar ohne erhebliche Betriebsstörung durchhalten können.

Die Gerabiegung des Frauenteilungsgutes hat zahlreiche Mäzereien zu Umstellungen veranlaßt, so hört die Mälzerei A.-G. vorm. Albert Brede in Köthen nach und nach, die Aktien-Palmsabrik Gömmerer Platz. Die Aktien-Malzfabrik in Langensalza hat auf dem Grundstück der von ihr gekauften Mitteldeutschen Malzfabrik eine Hafer-Mahlmittel-Fabrik errichtet.

Höchstpreise für Eisen und Stahl.

Nach der „Kölnischen Zeitung“ werden für Eisenerzeugnisse aller Art Höchstpreise festgesetzt. Die Werke werden dabei nicht zu kurz kommen, denn im wesentlichen werden nur die bisherigen Verkaufspreise verewigt. Auch für den Handel werden Höchstpreise unter Berücksichtigung der Lagerkosten festgesetzt.

Treibriemen aus Stahl.

Ein Beweis der Anpassungsfähigkeit der deutschen Industrie an die durch den Weltkrieg hervorgerufenen Herstellungsbedingungen wird durch die Verwendung von Stahlbändern als Ersatz für Lederriemen erbracht. Zwar ist seit Jahrzehnten schon bekannt, daß sich Stahlbänder sehr gut als Treibriemen zu Kraftübertragungen eignen, ohne daß jedoch diese Art der Antriebsübermittlung nennenswerten Eingang in die Maschinentechnik gefunden hätte.

Jetzt werden Treibriemen aus Stahlband auf den Markt gebracht, und zwar, wie die „Menschau“ mitteilt, mit fortlaufender Lochung. Diese Stahlriemen haben auf ihrer ganzen Länge — je nach Breite — mehrere Reihen systematisch angeordneter Löcher, wodurch die beliebige Verbindung des Riemens an irgendeiner Stelle ermöglicht wird. Diese Stahlbänder werden in einer Stärke von 0,5 bis 0,6 Millimeter bis zu der allergrößten Kraftübertragung verwendet und eignen sich besonders für hohe Geschwindigkeiten, da sie sehr geschmeidig und dünn sind und sich in der Länge nicht verziehen. Infolge ihrer Unempfindlichkeit gegen Witterungseinflüsse können sie überall Verwendung finden und durch besondere Maßnahmen gegen Rost geschützt werden.

Ein weiterer Vorzug ist die Preisfrage: Riemen aus Stahl sind bedeutend billiger als Lederriemen, auch steht das Rohmaterial unbegrenzt zur Verfügung.

Die Vereinigung deutscher Feinblechwerke hat bis 30. Juni 1917 Preise festgelegt, und zwar für Bleche in Thomas-Qualität von 3 Millimeter und stärker auf 285 M., unter 3 Millimeter einschließlich Nr. 19 auf 300 M., für Nr. 20 und dünner 325 M.; sodann für Bleche von Siemens-Martin-Verfahren von 3 Millimeter und stärker auf 310 M., unter 3 Millimeter bis einschließlich Nr. 19

auf 325 M., für Nr. 20 und dünner auf 350 M. Die Preise gelten für 1000 Kilogramm. Ueberpreise nach der Ueberpreisliste der Schwarzblechvereinigung ohne Abzug, Frachtgrundlage Dillingen.

Ausführliche Syndikatsverhandlungen für B-Produkte? Wie es heißt, sollen Verhandlungen zur Syndizierung der vor dem Kriege in freiem Wettbewerb lebenden Eisenprodukte (Bleche, Röhren, Draht) mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der kommenden Uebergangswirtschaft energig fortgeführt werden.

Soziales.

Hausbesitzerkammern und Mieterkammern.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat bei der zweiten Lesung des Schätzungsamtsgesetzes die Staatsregierung ersucht, zur Vertretung der Interessen des städtischen Grundbesitzes durch ein Gesez Hausbesitzerkammern ins Leben zu rufen. In der Diskussion hat der Abgeordnete Pohlmann (Vissa) darauf hingewiesen, daß man, wenn man die Errichtung von Hausbesitzerkammern wünsche, natürlich auch Mieterkammern errichten müsse. In dem im Schlesischen Verlage erscheinenden Organe des Schugverbandes für deutschen Grundbesitz vertritt P. W. Schraft den Standpunkt, daß eine solche Forderung wohl nirgends Verfall finden werde, indem er den Pohlmannschen Vorschlag in Ablehnung an eine im Hause gefasste Resolution transigiert. Seine Beweisführung für diese ablehnende Haltung erscheint recht wenig glänzend. Unter den Aufgaben, die er für die zu schaffende Interessvertretung des städtischen Hausbesitzes in Anspruch nimmt, wird selbstverständlich die Bekämpfung des preussischen Wohnungsgesetzes nicht vergessen, der „Bestände bereits eine Hausbesitzerkammer und wäre sie von der Regierung zu dem neuen Entwurfe gehört worden, wahrscheinlich eine ganz andere Gestalt bekommen hätte als die, in der er jetzt vorgelegt worden ist“. Und die Mieter? Haben denn Sie keinerlei Interesse daran, daß das Wohnungsgezet eine Gestalt bekommt, die nicht lediglich den Sonderinteressen des „Schugverbandes“ entspricht? Ebenso hinend ist der Vergleich, der mit den Landwirtschafts- und Handwerkskammern als „Produzentenkammern“ gezogen wird, bei deren tatsächlicher Tätigkeit angeblich auch immer die Interessen des konsumierenden Publikums ihre Rechnung gefunden haben sollen. Jedenfalls liegen die Dinge heute so, daß sie durch Schaffung von Konsumentenkammern, Käuferkammern oder dergleichen nicht wesentlich geändert werden könnten. Der Ruf nach dergleichen Kammern würde, selbst wenn man ihn der Parität halber folgen würde, ungehört verhallen. In der Tat wären Käuferkammern oder ähnliche Einrichtungen überflüssig. Man sollte meinen, daß gerade die Ereignisse der letzten Zeit den unumföhligen Beweis von der absoluten Notwendigkeit einer strengen Vertretung der Konsumenteninteressen gebracht haben, und genau daselbe gilt von der Vertretung der Interessen der Wohnungsbedürftigen, oft im kritischen Gegenlage zu der Interessensvertretung, wie sie durch den „Schugverband“ geübt wird.

Unterstützungen an Familien von Flüchtlingen und im feindlichen Ausland Zurückgebliebenen.

Mit Rücksicht darauf, daß die Lieferungsverbände des gewöhnlichen Aufenthaltsortes der Flüchtlingfamilien jetzt ausnahmslos wieder in der Lage sind, die Kriegsheimkehrerunterstützungen zu leisten, hat der preussische Minister des Innern die diesbezüglich ergangenen Sonderbestimmungen mit Wirkung vom 1. Januar d. J. ab aufgehoben. Es handelt sich hierbei insbesondere um den Erlass vom 25. August 1914, wonach an die Stelle des erstverpflichteten Verbandes der Lieferungsverband des Aufenthaltsortes tritt, und um die Bestimmung vom 22. Dezember 1914, wonach der heimatische Lieferungsverband zur Weiterübertragung der Unterstühtungen erst dann verpflichtet ist, wenn die betreffenden Familien wieder in ihre Heimat zurückkehren. Diese Bestimmungen sind getroffen worden, weil das Gesetz nichts darüber sagt, welcher Lieferungsverband zuständig ist, wenn infolge von Kriegszuständen ein Stillstand der Verteilung des verpflichteten Lieferungsverbandes eintritt, wenn also beispielsweise Unterstühtungsberechtigte aus vom Feinde besetzten Gebieten flüchten müssen.

Vom 1. Januar 1917 ab sollen nun die nach § 4 des Familienunterstützungsgesetzes verpflichteten Lieferungsverbände die Familienunterstützungen an die Angehörigen der in den Dienst eingetretenen Mannschaften auch dann weiter zahlen, wenn die infolge der kriegerischen Ereignisse Verbliebenen noch nicht wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Hinsichtlich der für die Zeit bis zum 31. Dezember 1916 an Flüchtlinge gezahlten bestimmungsmäßigen Mindestsätze der Familienunterstützungen haben die Lieferungsverbände des Aufenthaltsortes einen Ersatzanspruch gegen das Reich. Von den verpflichteten heimatischen Lieferungsverbänden sind den Lieferungsverbänden des Aufenthaltsortes nur die bis zum 31. Dezember 1916 über diese Mindestsätze hinaus gewährten Zuschlagunterstützungen zu erstatten. Haben die Lieferungsverbände des Aufenthaltsortes oder die betreffenden Gemeinden jedoch für die geleisteten Zuschlagunterstützungen aus dem für Kriegsheimkehrer wieder bereitgestellten Reichs- oder Staatsmitteln bereits Mittel erhalten, so tritt die Erstattungspflicht der heimatischen Lieferungsverbände nur noch bezüglich des Restes der durch die Weisungen nicht gedeckten Zuschlagunterstützungen ein.

Im Anschluß hieran sei auf einen weiteren Ministerialerlass aufmerksam gemacht, wonach die Familienunterstützungen den bedürftigen Angehörigen der im feindlichen Ausland zurückgebliebenen und während des Krieges dort verstorbenen Reichsdeutschen auch dann bis zum Friedensschluß weiter zu zahlen sind, wenn die Ernährer nicht mehr im wehrpflichtigen Alter standen.

Wohnungs- und Siedlungsbestrebungen in Bremen.

Der Bremer Bürgerklub ist ein Antrag ausgegangen, in dem eine unersättliche eingehende Bearbeitung des Wohnungs- und Siedlungswezens, besonders des Kleinwohnungswezens und der damit zusammenhängenden Fragen verlangt wird. Zur Erledigung dieser Fragen wird die Bildung eines besonderen Ausschusses und die Anstellung eines erfahrenen Berufsbeamten gefordert.

Ergebnisse der „Volkfürsorge“.

Trotz aller Schwierigkeiten, die der Krieg einem so jungen Unternehmen wie der „Volkfürsorge“ bereiten mußte, kann jetzt, wo über das Geschäftsjahr 1916 abschließende Zahlen vorliegen, mit Genugtuung gesagt werden, daß sich das Unternehmen gut weiter entwickelt. Die Zahl der im ganzen Jahre 1916 eingebrachten neuen Anträge beträgt 23 386, gegen 10 500 im Jahre 1915; davon 19 426 für Kapital- und 1988 für Spar- und Risikoversicherungen. Die durch die Kapitalversicherungen der sichere Summe beträgt 4 943 302 M. Im Vorjahre wurden nur 2 184 892 M. versichert. Zieht man in Betracht, daß durch den Wechsel der Funktionäre sich die Schwierigkeiten bedeutend erhöhen, dann wirkt das Ergebnis doppelt erquicklich.

Die Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse tritt mit einem Kapitalbestande von 406 565 M. in das neue Jahr ein. Es sind dafür für 58 810 Kriegsteilnehmer 51 317 Anteilscheine gelöst worden. Die ganze Summe wird nach dem Friedensschluß unter die Angehörigen der im Kriege fallenden oder sterbenden Versicherten zur Verteilung gebracht. Nach den bis Ende Dezember 1916 eingegangenen Mitteilungen waren bis dahin 1306 Kriegsteilnehmer gefallen oder gestorben, für die 2528 Anteilscheine gekauft waren. Das Verhältnis der Todesfälle zu den eingegangenen Versicherungen ist trotz der großen Opfer, die der Krieg erfordert, so, daß die Kriegsversicherung ihren Zweck voll erfüllen wird.

Verantwortlich für Inhalt: Hermann Müller, Lempdohf; für den übrigen Teil: Alfred Scholz, Reußhain; für Inserate: Th. Bloße, Berlin. Druck u. Verlag: Verlags- und Buchdruckerei v. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co. Berlin SW.

Lieferungsverbände und Bedarfsgemeinden.

Von Emil Kisch.

Eigentlich sollten wir aus dem Stadium des Experimentierens auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung herauskommen sein. Leider ist dem nicht so, wie der Augenchein nur allzu deutlich lehrt. Datoekis bekanntes Rundschreiben, seine Auseinandersetzung mit Dermuth können uns nicht mit der Zuversicht erfüllen, daß auf dem Gebiete, auf dem der Lebensmittelorganisator Ordnung schaffen, alle Kräfte zum Durchhalten organisieren sollte, alles getan worden ist, um das Unmögliche zur Ernährung des Volkes zu schaffen.

Datoek hat die Gemeinden zur Ausführung seines Planes betreffs der Bedarfsgemeinden und der Erzeugerorganisationen aufgefordert, und am 19. und 20. Januar soll der Beirat des Kriegsernährungsamtes (R. E. A.) zusammentreten, um über die eingelaufenen Vorschläge zu beraten. Wird etwas Gutes und Zweckmäßiges dabei herauskommen? Nach den bisherigen Erfahrungen fällt es einem schwer, mit einem hoffnungsvollen Ja darauf zu antworten.

An und für sich ist der Gedanke der unmittelbaren Verbindung zwischen Erzeugerorganisation und Bedarfsgemeinde gut und richtig, doch muß eine solche Organisation so getroffen werden, daß die Bedarfsgemeinden sich nicht gegenseitig den Rang ablaufen, die Preise künstlich durch vermehrte Nachfrage in die Höhe treiben, und daß ihnen vor allen Dingen eine Kontrolle über die Lieferungen der Erzeugerverbände eingeräumt wird.

Als Grundbedingung ist ferner die Zuteilung der Lieferungsverbände an die Bedarfsgemeinden oder umgekehrt notwendig. Durch eine genaue Erntestatistik muß ferner ein Ausgleich zwischen Erzeugerorganisationen, die hohe Erträge erzielt haben, und solche, wo die Erwartungen hinter dem wirklichen Erntergebnis zurückgeblieben sind, geschaffen werden.

Der Zwischenhandel, einschließlich des Großhandels, muß im Verkehr zwischen Lieferungsverbänden und Bedarfsgemeinden ausgeschlossen werden, da der „freie Handel“ sich im allgemeinen nicht bewährt hat, sondern vielmehr dort, wo er frei gehalten konnte — siehe Gänse- und Fischmarkt — zu der ungeheuren Preissteigerung wesentlich beigetragen hat. Wie sehr man selbst an solchen Stellen, die dem Großhandel sonst immer die Stange gehalten, nach und nach allerdings erst zu dieser Erkenntnis kommt, beweist die Annahme eines Antrages im Sachauswahlgang für Obst, Gemüse und Kartoffeln der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin, wonach ein Zwangsverband der Großhändler für Obst und Gemüse von Groß-Berlin geschaffen werden soll, für den ein Ausschuß vorgesehen ist, der die Preisfestsetzungen treffen soll und dem Vertreter der Großhändler, Kleinhändler, Erzeuger, Kommunal- und Reichsbehörden angehören sollen. Befördert wurde diese Annahme eines solchen Antrages mit durch die Tatsache, daß die Gemüsezüchter der Umgebung Berlins in der Zeit schlummer Gemütsknappheit vor Weihnachten Gemüse bis nach Stettin lieferten, weil nach Aussage des Vertreters der Gemüsezüchter diese durch die Preisfestsetzungen und die Demagogenstationen innerhals Berlins sich belästigt fühlten und deswegen entweder nach auswärts ihre Erzeugnisse lieferten oder damit zurückhielten.

Den Ripshänden auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung kann nur gründlich — soweit unsere Lebensmittelknappheit dies ermöglicht — begegnet werden, wenn die entsprechende Organisation vom Anbau der Früchte bis in den Magen des Verbrauchers geregelt ist. Sehr beachtenswert erscheint mir daher eine Eingabe der Stadt Neufölln — nebenbei eine Gemeinde, die in Groß-Berlin mit an der Spitze der Lebensmittelversorgung ihrer Bevölkerung steht — an das Kriegsernährungsamt vom 2. Januar, die folgenden Vorschlag enthält:

„Nach beendetem Anbau der Garten- und Feldfrüchte sind für sämtliche Lebensmittel einheitliche Höchstpreise für das Deutsche Reich festzusetzen. In jedem Ueberwachungskreis unter dem Vorsitz des Landrats eine Ueberwachungskommission, bestehend aus drei Mitgliedern des Ueberwachungskreises und drei Mitgliedern der Bedarfsgemeinden, einzusetzen. Dieser Kommission liegt es ob, die Lebensmittelversorgung der Bedarfsgemeinden aus dem Ueberwachungskreis zu überwachen; im Falle der Verletzung ist ihr das Recht der Enteignung einzuräumen. In den Ueberwachungskreisen sind ferner Aufsichtskommissionen zu bilden, welche unter Berücksichtigung der festgesetzten Höchstpreise die Aufkäufe der Waren nach ihrer Beschaffenheit zu tätigen haben. Es wird hier zwischen guter, mittlerer und geringer Beschaffenheit zu unterscheiden und dementsprechend der Preis festzusetzen sein. Die Bedarfsgemeinden haben die Pflicht, den Bedarf an einzelnen Lebensmitteln bei dem Kriegsernährungsamt nach einem einheitlichen Maßstab je Kopf der Bevölkerung anzumelden, und dieses verteilt nach festgelegter Prüfung die einzelnen Lieferungsanforderungen auf die Ueberwachungskreise. Wegen des einseitigen Anbaues von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den einzelnen Ueberwachungskreisen wird die Versorgung der Bedarfsgemeinden hinsichtlich der verschiedenen Lebensmittel aus mehreren Ueberwachungskreisen erfolgen müssen. Die Zuführung der Lebensmittel an die Bedarfsgemeinden hat im Einvernehmen mit den Ueberwachungskreisen unter Ueberwachung der eingesetzten Kommissionen stattzufinden. Die Abrechnung über die gelieferten Waren ist auf Grund einer von der Kommissionrechnungsstelle ausgefertigten Nachweisung zu bewirken. Die Bedarfsgemeinden sind verpflichtet, entsprechende Vorschüsse zu leisten, damit die Lieferanten unmittelbar bezahlt werden können.“

Der „Vorwärts“ hat bereits neulich auf eine andere Eingabe der Stadt Neufölln hinweisen können, durch die eine Regelung des Anbaues der Feldfrüchte gefordert wurde. Denn ohne diese, ohne einen gewissen Produktionszwang werden wir kaum die Nahrungsaufgabe der Lebensmittelversorgung unserer Bevölkerung erledigen können. In der Begründung der Eingabe Neuföllns vom 2. Januar d. J. wird ausdrücklich vermerkt, daß die Stadt mit den unmittelbaren Belieferungen von Lebensmitteln aus den Ueberwachungskreisen erheblich bessere Erfahrungen gemacht habe, als mit dem Ankauf von Lebensmitteln durch Vermittlung des Großhandels. Weiter heißt es in der Eingabe: „Sämtliche Parterrierungen unserer Kriegsernährungsamt haben in den Erörterungen über Lebensmittelfragen stets den Standpunkt eingenommen, daß es gerechtfertigter ist, dem Landwirte einen angemessenen Verdienst für seine Tätigkeit zuzubilligen, als dem unproduktiven Zwischenhandel mit seinen unlauteren Machenschaften weiter Vorschub zu leisten.“

Ich glaube, daß eine Berücksichtigung der Neuföllner Eingabe durch das R. E. A. der Lebensmittelversorgung zum Segen gereichen würde.

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung, Dienstag, 16. Januar 1917, nachmittags 3 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Lange, v. Breitenbock, Sydow, v. Loebel, v. Schorlemer.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache: Bevor wir in unsere Verhandlungen eintreten, wünsche ich Ihnen allen ein gesegnetes und so Gott will auch friedensbringendes neues Jahr. Freilich haben die leitenden Staatsmänner unserer Feinde auf die Anregung zu Friedensverhandlungen eine so empörende Antwort gegeben, haben dabei so unerhörte Friedensbedingungen aufgestellt, und eine so unerhörte Sprache geführt (Lebhafter Zustimmung), daß es darauf für und nur noch die eine Antwort unserer Waffen gibt. (Bravo!) Diese wird den Herren Brand und Lloyd George von unseren großen Heerführern, von unseren herrlichen Truppen und nicht zum mindesten von unseren braven U-Booten (Lebhafter Bravo!) hoffentlich recht bald mit ganzer Deutlichkeit erteilt werden. (Bravo!) Damit sind freilich all die schönen Friedenshoffnungen, welche vor einem Monat noch die Welt erfüllten, und wohl auch manch einen in den Reihen unserer Feinde erfüllt haben mögen, zunächst wieder zer-

flogen. Aber einen großen Vorteil hat uns diese freudlos hochmütige Abweisung unserer Friedensbereitschaft doch gebracht: das ist die volle Klarheit über die Kriegsziele unserer Feinde. (Abg. Ströbel: Und unsere? — Gelächter.) Heute weiß die ganze Welt und wohl vor allem unser eigenes Volk, um was es sich in diesem Kriege in Wahrheit handelt: einfach um unser Sein oder Nichtsein, um die Frage, ob wir unsere nationale und wirtschaftliche Freiheit in der Welt noch behaupten oder gleich in diesen anderen Völkern unserer Erde zu einem willenlosen Spielball der englischen Weltbeherrschung herabstufen wollen (Sehr wahr!), um deren willen ja doch allein heute der furchtbare Krieg noch fortgeführt werden muß. (Sehr wahr!) Das allein kann ja der vernünftige Sinn der immer wiederkehrenden Forderung einer vollständigen Verödung des sogenannten „preussischen Militarismus“ sein: Vernichtung unserer militärischen und wirtschaftlichen Kraft, und dadurch Unterordnung unter den Willen anderer — oder eines anderen — militärisch und wirtschaftlich stärkeren Staates. Das ist das Pudels Aern bei dieser unterschämtesten aller Forderungen der Entente. Diese Erkenntnis wird unserem Volke, wie unser Kaiser sagt, eine „eiserne Willenskraft“ verleihen, der kein Opfer an Gut und Blut, an Ausspannung der ganzen Kraft, an Entbehrungen und Entzügen zu groß sein wird, um seine nationale Freiheit unter den Völkern dieser Erde zu behaupten. (Sehr richtig!) Etwas und aufrichtig war unsere Friedensbereitschaft, aber ebenso entschlossen und unbegrenzt muß heute auch unser Kampf werden. Heute darf es kein Friedensgerede mehr geben (Abg. Ströbel: Erst recht!), sondern nur noch den vollen Sieg über alle unsere Feinde. (Bravo!) Heute muß weitergekämpft werden, bis die anderen um Frieden bitten. Wann das sein wird, steht in Gottes Hand.

Dies habe ich geglaubt auch als Ihre Meinung, als die feste Überzeugung der preussischen Volkvertretung mit wenig Worten feststellen zu dürfen, bevor wir nun wieder in unsere ruhige gesetzgeberische Arbeit eintreten. (Lebhafter Beifall.)

Eingbringung des Etats

Finanzminister Dr. Lange: Zum dritten Male sind wir genötigt, den Staatshaushalt im Kriege festzustellen. Auch diesmal müßten wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß es das letzte Mal sein möge, trotz der schändlichen Ablehnung unseres Friedensangebots durch die Entente. Es wird zwar noch manche Anstrengungen und viele Opfer kosten, bis die Entente gesungen ist, ihren betrogenen Völkern zu bekennen, daß Deutschland und seine Verbündeten nicht zu besiegen sind, aber kommen wird dieser Tag, und hoffentlich noch in diesem Jahre. Und dann ist der Friede nahe. Bis dahin gilt es für uns weiter Opfer zu bringen und durchzuhalten. In diesem Sinne ist der Etat aufgestellt. Das Rechnungsjahr 1916 schloß ab mit einem Fehlbetrag von 106 Millionen Mark, der aber größtenteils durch die beschlossenen außerordentlichen Steuerzuschläge wieder abgedeckt ist. Das Wirtschaftsjahr 1916 zeigt ungefähr dasselbe Bild wie 1915, nur daß noch sparsamer gewirtschaftet worden ist. Das Steuer-Soll hat sich gegen 1915 erheblich verbessert. Das beweist, daß viele Einnahmen gestiegen sind und daß die Kriegsanleihe im Lande geblieben ist. Bei den übrigen starken Einnahmen sind solche erfreulichen Uebererstattungen festlich nicht zu verzeichnen und auch nicht zu erwarten. Wie das Jahr 1916 abschließen wird, wissen wir noch nicht. Bei den Eisenbahnen hat sich der Verkehr erfreulich entwickelt. Trotz der großen Vermehrung des Fuhrparks ist es durch die große Inanspruchnahme der Transportmittel an allen Fronten und auch bei unseren Bundesgenossen dazu gekommen, daß im Inlande ein Mangel an Lokomotiven und Wagen sich fühlbar gemacht hat, der während des Krieges auch wohl kaum aufhören wird. Welche finanzielle Milderung dadurch entstehen wird, ist noch nicht zu übersehen. — Was den neuen Etat anlangt, so zeigt er äußerlich den Erfolg unserer Verheerungen, Fremdwörter möglichst zu vermeiden. Innerlich nähert er sich erheblich mehr der Wirklichkeit als seine Vorgänger. Wir sind jetzt ganz auf uns gestellt, alles dreht sich um die Ernährung und um die Versorgung für Meer und Marine. — Die Schaffung neuer Beamtenstellen hat sich insbesondere bei der Eisenbahnverwaltung diesmal nicht ganz umgehen lassen. Im übrigen sind mit größter Sparsamkeit nur die absolut notwendigen Neuausgaben eingestellt. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 5 160 765 000 M. ab und hat damit die 5. Milliarde überschritten. — Der Wiederaufbau von Ostpreußen schreitet tounschgemäß fort. Von den für die Landwirtschaft bestimmten Gebäuden sind ungefähr zwei Drittel aus- oder neugebaut. Die Wohngebäude stehen in dieser Beziehung noch erheblich zurück infolge des Mangels an Bauarbeitern. — Zur Unterstützung der Gemeinden für ihre Leistungen auf dem Gebiete der Kriegsvollzugspflege werden in einem bejan-

Zentralafrika und Mittelafrika.

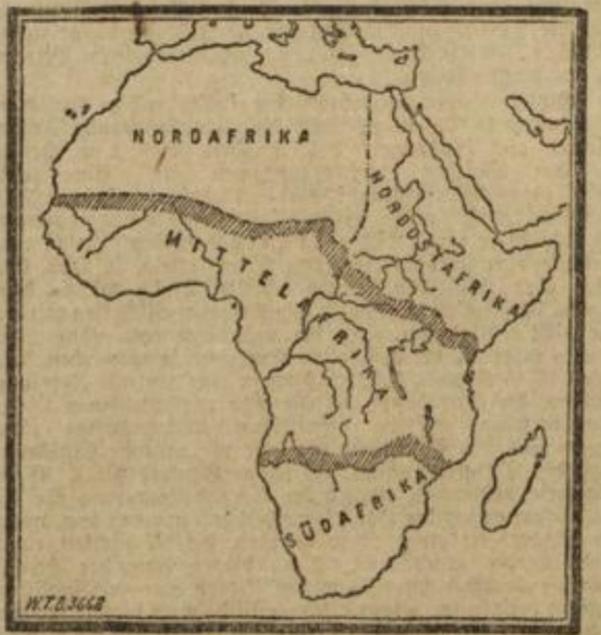
Von Dr. Hugo Marquardsen.

„Zentralafrika“ ist ein schon seit längerer Zeit gebräuchter geographischer Begriff, während die Bezeichnung „Mittelafrika“ erst neuerdings Aufnahme gefunden hat. Die Einführung geschah, wie gleich hervorgehoben werden soll, vor der Zeit, in der das Wort „Mittelafrika“ anfangs, sich die Verbreitung und Vollständigkeit zu erringen, die es heute besitzt; es war keineswegs beabsichtigt, durch das Wort „Mittelafrika“ ein inhaltlich ähnliches Gegenstück zu „Mittelafrika“ zu liefern. „Mittelafrika“ findet jetzt in Tagespresse, Literatur und Unterhaltung vielfache Anwendung, aber unrichtigerweise zweifelt in demselben Sinne wie „Zentralafrika“, häufig nur zum Zwecke des stilistischen Ausdruckswechsels. Es ist daher angezeigt, beide einer scharferen Begriffsbestimmung zu unterziehen.

Reisen und Entdeckungen in Zentralafrika“ nannte Heinrich Barth seine Forschungen, die in das Gebiet zwischen Tripolitanien, dem Schadssee, dem Nubien und dem mittleren Niger fielen; „Protectorate of Central Africa“ hieß längere Zeit der britische Besitz im Westen und Süden des Njassasees, der später die schärfere Bezeichnung „Nyassaland Protectorate“ erhielt; durch das Dekret vom 30. Juni 1914 richtete schließlich die französische Regierung ein „Territoire du Centre africain“ ein, das den Raum nördlich und östlich des Schadssees bis zur Grenze von Dar-fur und zum Gebirge von Tibesti einnehmen soll. Diese Auslese zeigt, daß der Begriff „Zentralafrika“ noch kein feststehender ist, sondern gewissen Verschiebungen unterliegt. Der Forscher hat ein begriffliches Interesse daran, zu beweisen, daß seine Reisen das Zentrum des dunklen Erdteiles erreicht haben, während bei anderen Anlässen „Zentralafrika“ als billiger Verlegenheitsausdruck für eine gerade fehlende, passendere Gebietsbezeichnung herhalten muß.

Daß „Zentralafrika“ nur ein Gebiet im Innern der afrikanischen Landmasse sein kann, ein Gebiet, das nirgendwo an das Meer reicht, unterliegt wohl keinen Meinungsverschiedenheiten. Dies vorausgesetzt, kann bei näherer Betrachtung kaum ein Zweifel bestehen, wo das Zentrum Afrikas zu suchen ist. Der annähernd zwischen 33 Grad N. und 33 Grad S. liegende Erdteil wird durch den Äquator in O.-W. Richtung halbiert und durch den 20. Grad O. meridional in annähernd gleiche Hälften geteilt. Im Schnittpunkt des Äquators mit dem 20. Grad O. wird also das astronomische Zentrum des Erdteils liegen. Wir befinden uns hier im inneren Kongobecken. Die Vegetation Innerafrikas erreicht an dieser Stelle das Höchstmögliche der Dichte; sowohl in nördlicher wie in südlicher Richtung folgen dem zentralen Urwaldgebiet nacheinander Savannen, Steppen, Wüsten oder Halbwüsten-Gürtel, bis

schließlich an den beiden Enden des Kontinents meeresnahe, subtropische Gebiete den Abschluß bilden. Auch in östlicher und westlicher Richtung geht der Kongo-Urwald im allgemeinen in vegetationsärmere Gebiete über, wenn auch ein Zusammenhang mit dem Urwaldgebiet der Guineaküste besteht. Dieser Zusammenhang ist jedoch bei weitem nicht so umfangreich, wie vielfach angenommen wird. Der Regenfall Innerafrikas, der wirtschaftlich wichtigste klimatische Faktor, ist im äquatorialen Kongobecken am



stärksten ausgebildet und fast gleichmäßig über das Jahr verteilt; außerdem bildet das Äquatorgebiet die Scheide für die Länder mit nordhemisphärem und südhemisphärem Regensystem. In das äquatoriale Kongobecken fällt die Verdrängungslinie der wichtigsten afrikanischen Volksstämme, Bantu, Sudanneger, Niloten, Hamiten. Auch geologisch nimmt das einstmalige abflusslose, zwischen alte Hochflächen eingebettete Sandsteintal des mittleren Kongo eine besondere Stellung im Kontinent von Afrika ein. Diese Eigenschaften erlauben den Schluß, daß nur das innere Kongobecken —

eine schärfere Begrenzung hat natürlich keinen Zweck — mit Berücksichtigung als das geographische Zentrum Afrikas angesehen werden kann.

Die Begriffsbestimmung für „Mittelafrika“ muß von ganz anderen Voraussetzungen ausgehen. „Nord-“ und „Südafrika“ sind jedem geläufige Bezeichnungen, „Mittelafrika“ soll eine zusammenfassende Benennung für den noch namenlosen Rest des Kontinents abgeben. Wie bei Nord- und Südafrika, so sollen auch die Grenzen Mittelafrikas ein breites, vom Atlantischen Ozean bis zum Indischen Ozean oder Roten Meer durchgehendes Band aus dem Erdteil herauserschneiden. Die von Mittelafrika eingenommene Fläche wird sich von selbst ergeben, wenn man sich über die Grenzen von Nord- und Südafrika geeinigt hat.

Wir lassen die Landgrenze von Nordafrika mit der Südgrenze der Sahara zusammenfallen, da geologische, geschichtliche und völkische Verhältnisse die Sahara eng an die arabischen Mittelmeerländer anschließen. Die Trennlinie von Nord- und Mittelafrika wird also nicht nördlich des unteren Senegal beginnen und sich über das große Arie des Niger an der Nordgrenze von Algerien entlang zum Schadssee und von dort über die Nordgrenze von Dar-fur nach Dar-fur erstrecken. Von hier könnte man die Linie etwa nach Bari Sudan am Roten Meer ziehen, in welchem Falle sich das nördliche Mittelafrika völlig mit dem Begriffe des Sudans decken würde. Es ist zwar unzweifelhaft, die eng zueinander gehörenden Küstländer zu trennen, und daher vorzuziehen, die Grenze Mittelafrikas über die Wasserscheide Nil-Kongo etwa bis an den Albertsee heranzuführen und sie dann nördlich um die Landschaft Uganda zum Anosluh zu ziehen, dem sie schließlich bis zum Indischen Ozean folgt. Dem Einwand, daß man den englisch-ägyptischen Sudan, Abyssinien, Eritrea und die Somali-Halbinsel nicht gut zu Rochafrika rechnen könne, läßt sich am besten dadurch begegnen, daß man aus diesen Ländern zusammen mit Ägypten einen weiteren Hauptabschnitt „Nordostafrika“ bildet.

Wie wir die Sahara zu Nordafrika rechnen, werden wir ihr südliches Gegenstück, die Halbwüste Kalahari, Südafrika zuzählen, so daß letzteres an der Sambesi-Kunene-Linie abschneidet. Das entspricht ganz der landläufigen Auffassung; daß Westafrika (Sudan und Südafrika) demnach an die Südafrikanische Union fallen müssen, ist für jeden britischen Südafrikaner eine aufgemachte Sache.

In dieser Abgrenzung gegen Nord- und Südafrika nimmt Mittelafrika ein Gebiet ein, das sich etwa mit dem vollständigen Begriff des „tropischen Afrikas“ deckt, d. h. mit demjenigen Teil des Kontinents, in dem unsere Hauptbezugsquellen für die tropischen Produkte liegen. Während „Zentralafrika“ ein im Innern des Kontinents befindliches, räumlich beschränktes Gebiet ist und ein Begriff von lediglich wissenschaftlichem Wert, wie die wohlverstandene Bezeichnung „Mittelafrika“ nicht nur bei wissenschaftlichen, sondern auch bei praktischen und politischen Fragen zweckmäßige Anwendung finden können.

deren Bedarf wieder 300 Millionen von Tönen gefordert, nachdem 1615 110 Millionen und 1916 200 Millionen für diesen Zweck bewilligt worden sind. Die Kultivierung von Oeländereien und die innere Kolonisation schreitet rüstig fort. Eine große Zahl bedeutender Anforderungen hat freilich aus Mangel an Mitteln zurückgestellt werden müssen und auch nach dem Kriege wird es dabei bleiben müssen, daß unsere Staatswirtschaft nach wesentlich engeren und sparsameren Gesichtspunkten geführt wird als vor dem Kriege gewohnt waren. Die stets offene Hand für Geldausgaben von ehedem muß fernerhin geschohlen werden, wir sind nicht mehr reich genug, um anders zu verfahren. Schon die Höhe der öffentlichen Kassen, welche der Krieg im Gefolge haben wird, wird dies gebieten. Hiermit müssen wir uns vertraut machen und abfinden. Die Hauptsache ist heute, daß wir den Krieg gewinnen. Die Absperrung vom Auslande laßt schwer auf dem ganzen Lande, die Ernährungschwierigkeiten, die Zerstörung sind gewiß groß. Aber alles das wiegt sehr leicht gegenüber dem Schicksal, welches unserem Vaterlande bevorstehen würde, wenn unsere Feinde ihren Willen durchsetzen und der Sieg ihnen bleiben würde. Unsere Freiheit wäre rettungslos dahin. Ein erbarmungsloser Feind würde die Früchte unserer Arbeit für sich in Anspruch nehmen, Arbeitslosigkeit, Not und Elend wären unser Los. Wenn wir uns dies vorstellen, so erheben sich die schweren Sorgen und Nöte der Gegenwart leicht. Heute muß jeder die Zähne zusammenbeißen und alle Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten ertragen. Ein jeder muß dem anderen helfen, sonst können wir den Krieg nicht gewinnen. In Deutschland wird keiner trotz der Absperrung verhungern, dafür ist gesorgt. Bei unseren Feinden ist in dieser Hinsicht die Not teilweise größer. Große Opfer an Gut, Blut und Entschagung sind noch zu bringen, darauf sind wir gefaßt. Aber trotzdem steht unser Vertrauen und unsere Zuversicht fest: der Sieg muß und doch bleiben. Unser treuer Gott, der Breugen so sichtbarlich geführt hat und das junge Deutsche Reich in seinen Schutz bisher genommen hat, wird uns auch weiter beistehen. Wenn wir nur unsere Schuldigkeit tun und das wollen und werden wir. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr: Staatsberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Zur Ersatzwahl im 11. Berliner Landtagswahlkreis.

Für die Ersatzwahl im 11. Berliner Landtagswahlkreis ist nicht die Aufstellung durchweg neuer Urwähler- und Abteilungslisten erforderlich. Nach § 18 der Verordnung vom 30. Mai 1910, die in diesem Punkte noch nicht abgeändert ist, sind, mit Ausnahme des Falles der Auflösung des Abgeordnetenhauses, die Wahlen der Wahlmänner für die ganze Legislaturperiode dergestalt gültig, daß bei einer erforderlich werdenden Ersatzwahl eines Abgeordneten nur an Stelle der inzwischen durch Tod, Wegziehen aus dem Wahlbezirk oder auf sonstige Weise ausgeschiedenen Wahlmänner neue zu wählen sind. Aufgelöst ist das Abgeordnetenhaus nicht; es liegt vielmehr der Fall einer Ersatzwahl vor, und da auch die Wählerlisten nicht, wie das 1908 in einigen Berliner Wahlbezirken geschehen ist, für ungültig erklärt sind, so behalten die Wahlen der 1910 gewählten Wahlmänner im allgemeinen ihre Gültigkeit. Neue Wahlmänner sind nur zu wählen an Stelle der seit 1913 verstorbenen oder aus dem Wahlbezirk verzogenen; auch dann, wenn diese noch im 11. Landtagswahlkreis, jedoch in einem anderen Urwahlbezirk des Kreises wohnen.

Insofern ist die Bestimmung der Verordnung klar. Unklarheit herrscht nur über den Begriff der „auf sonstige Weise“ ausgeschiedenen Wahlmänner. Sind darunter auch die zu den Wahlen einbezogenen Wahlmänner zu verstehen? Nach dem Militärgesetz vom 2. Mai 1874 rührt für die zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen, mit Ausnahme der Militärbeamten, das aktive, nicht aber das passive Wahlrecht. Das Recht, sich an der Urwahl zu beteiligen, haben sie hiernach nicht. Ob sie zu Wahlmännern gewählt werden können, weiter als Wahlmänner amtierende können, ist eine andere Frage, denn hierbei handelt es sich um ein passives Wahlrecht. Auf der anderen Seite kann man freilich einwenden, daß sie ja nicht zu den stimmberechtigten Urwählern gehören, also auch nicht als Wahlmänner gewählt werden können und daß daraus folgt, daß ihr Mandat erloschen ist. Wie aber dann, wenn sie am Tage der Wahl des Abgeordneten wieder aus dem Heeresdienst entlassen sind und in ihrem früheren Urwahlbezirk wohnen? Diese vielen Zweifel, die hier aufstehen und die in der Praxis bisher noch nicht beseitigt sind, zeigen, wie sehr sich das System der indirekten Wahl überlebt hat. Weder bei den Reichstags- noch bei den Gemeindevertreter-Ersatzwahlen bestehen über diese Punkte Unklarheiten, weil hier die Wähler direkt und nicht erst mittelbar durch die Wahlmänner ihre Vertreter wählen.

Aber noch in anderer Hinsicht beweisen diese Zweifel die Notwendigkeit einer sofortigen Beseitigung des preussischen Dreiklassenwahlsystems. Bei Erlaß der Verordnung im Jahre 1849 besaßen die Militärpersonen des stehenden Heeres und die Stamm-Mannschaften der Landwehr ein Wahlrecht; nach § 9 wählten sie an ihrem Standorte, ohne Rücksicht darauf, wie lange sie sich an demselben vor der Wahl aufgehalten haben. Landwehrgenossen, welche zur Zeit der Wahlen zum Dienst einbezogen sind, durften an dem Orte ihres Aufenthalts für ihren Heimatbezirk wählen. Diese Bestimmung ist durch das Militärgesetz vom 2. Mai 1874 aufgehoben, ohne daß für Preußen ein klarer Rechtszustand geschaffen wäre.

Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß bei der Unsicherheit der Rechtslage das Abgeordnetenhaus sich mit dieser Frage beschäftigen wird. Auf jeden Fall würde die Regierung gut tun, wenn sie eine unabweisende Anweisung an den Wahlkommissar erließe, damit spätere Verwicklungen vermieden werden. Unserer Meinung wäre es das Richtige, wenn sie sich auf den Standpunkt stellte, daß die zum Heeresdienst einbezogenen 1913 gewählten Wahlmänner, soweit sie nicht inzwischen aus dem Urwahlbezirk verzogen sind, ihr Amt weiter auszuüben haben und zur Vornahme der Wahl des Abgeordneten nach Berlin zu beurlauben sind. Stellt sich die Regierung nicht auf diesen Standpunkt, so könnte man für die nächsten allgemeinen Wahlen folgern, daß die Feldzugsteilnehmer erst wieder sechs Monate in der Gemeinde wohnen müssen, ehe sie wahlberechtigt sind, und dann werden, falls zwischen Friedensschluß und Termin der Urwahlen nicht ein Zeitraum von mindestens sechs Monaten liegt, die Teilnehmer am Kriege wegen Ausübung ihrer Heerespflicht ihr Wahlrecht zum preussischen Landtag eingebüßt haben. Diese Verurteilung ist um so begründeter, als nach § 9 des Bürgerlichen Gesetzbuches eine Militärperson ihren Wohnsitz am Garnisonsorte hat, und als Wohnsitz einer Militärperson, deren Truppenteil im Inlande keinen Garnisonsort hat, der letzte inländische Garnisonsort des Truppenteils gilt. Wahlberechtigt wären dann vielleicht nur noch die Heimkrieger und die Heereslieferanten — eine treffliche Illustration zum preussischen Dreiklassenwahlsystem!

Der Handel in und nach dem Kriege.

Der Handel fühlt sich durch die öffentliche Bewirtschaftung der meisten Lebensmittel und vieler Rohstoffe, durch die Monopolisierung der Einfuhr und die Bindung des Verkehrs der noch im freien Handel befindlichen Waren an Höchstpreise oder an mit den Interessenten verabredete Höchstpreise — kurz, durch das umfassende System staatlicher Kontrolle aus seiner Rolle gedrängt, in seinem Wirkungsbereich eingeschränkt, auf Geschäfte mit großem Risiko beschränkt. Die Verdienstmöglichkeit wird eingeschränkt, der Kundenkreis geht verloren. So ist es menschlich begreiflich, daß der Handel nach Aufhebung aller Beschränkungen, nach Wiederherstellung der Handelsfreiheit schreit. Und er tut dies auch mit aller Kraft und mit um so größerer Unbefähigkeit, als die Zahl der in ihm tätigen Personen, die nicht nur in ihrer Branche verfaßt sind, sondern auch volkswirtschaftlich denken können, leider gering ist.

Davon für diese Betrachtungsweise ist ein Brief, den uns vor wenigen Tagen ein Agent mit der Klage gefächelt hat, daß das Kriegsernährungsamt die Konservenhändler ausgeschaltet habe. Der Verband Deutscher Konservenfabriken habe, „obwohl gerade Gemüse- und Fruchtkonserven unter Ausschaltung des Agenten sich leicht hätten verkaufen lassen“, die ihm angeschlossenen Firmen ersucht, den Agenten die bisherige Provision zu zahlen und nur Vergütungen für Reisen wegzulassen, da der Verkehr zwischen den Agenten und den auswärtigen Kunden schriftlich abgewickelt werden könne. Das Kriegsernährungsamt habe aber jetzt die Preise so niedrig angelegt, daß die Fabriken ihren Vertretern gekündigt hätten. In ihrem Kundenscheit heißt es: „Wir stellen anheim, durch die Organisation der Agenten zu versuchen, eine Milderung der Stellungnahme der volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamtes herbeizuführen.“

Die Absicht ist klar: die Agenten sollen als Sturmböcke vorgeht werden, damit das Kriegsernährungsamt die Preise erhöhe, wobei vielleicht im stillen Herzen Kammerlein nicht nur die Provision der Agenten, sondern auch ein Nebengewinn für die Fabriken erhofft wird.

Der Eintender ist über die Praxis des Kriegsernährungsamtes so enttäuscht, daß er „über das mangelnde soziale Verständnis des Kriegsernährungsamtes“ klagt — eine Klage, die aber durchaus nicht eine individuelle Uebertreibung, sondern in allen solchen Fällen üblich ist:

„Das Zirkular ist eine schwere Auflage gegen das Kriegsernährungsamt und es ist wert, den Text gründlich durchzulesen, um sich so recht den Lebensfremden Geist zu vergegenwärtigen, der im geheimen Kriege ernährungsamt herrscht. Man vermag es nicht zu begreifen, daß die Einberufung eines Teiles der Agenten mit als Begründung herangezogen wird. Die Frauen und Kinder dieser Agenten sollen durchaus in der teuren Zeit mit den knappen Kriegsunterstützungen auskommen und durch das Kriegsernährungsamt gehindert werden, daß ihnen die Fabrikannten, für welche das Familienhaupt langjähriger Vertreter war, die Provision während der Kriegszeit weiter zahlt. Die guten Beziehungen zwischen den Fabrikanten und den Warenagenten, die sich während des Heeresdienstes mitunter durch Angehörige oder Angestellte vertreten lassen, sollen durchaus zerstört werden, und wenn die im Zivildienst tätigen oder draußen im schweren Kampf stehenden Männer nach Hause kommen, so sollen sie die Quelle ihres Unterhalts gekündigt vorfinden.“

Sätte das Kriegsernährungsamt keinen anderen Fehler begangen, als diese Sünde wider „soziales Verständnis“, so wäre es vor der Geschichte voll gerechtfertigt. Das Los der um ihre Kundenchaft gedrohten Agenten ist gewiß bedauerlich, aber in einer Zeit, da Mangel an Arbeitskräften besteht, verhältnismäßig erträglich. In keinem Fall darf die Ware mit Speisen für eine Tätigkeit belastet werden, die vom Einzender selbst als nicht notwendig erklärt wird, wogegen auch die Speisen gering sein. Der Gedanke der Kriegswirtschaft, daß jeder, der im Hinterland bleiben darf, notwendige Arbeit leisten muß, erstreckt sich in seinem drakonischen Ernst auch auf die Agenten und ihre Frauen. Sicher wird jedermann vor einer leichtfertigen Lösung eines wirtschaftlichen Subjektes aus seiner Friedensstellung zurückzusehen, aber: Gemeinwirtschaft geht vor Privatwirtschaft. Soweit aber die vom Verband deutscher Konservenfabriken bisher gezahlten Provisionen wirklich nur angemessene Unterstühtungen der Frauen eingezogener Agenten sind, so wäre es sehr wünschenswert, wollte das Kriegsernährungsamt die Konservenfabrikannten zur Fortzahlung dieser unbedingten, für die Preiskalkulation gegenstandslosen Beträge zu veranlassen suchen.

Sinter diesem augenblicklichen individuellen Zwischenpiel unseres Einzenders steht die bedeutungsvolle Frage, wieviel an Bindungen des Handels aus dem Kriege in den Frieden hinüberzunehmen ist. Eine einfache, prinzipielle Antwort gibt es dafür nicht. Das Problem muß noch seinen konkreten Vorbedingungen für jede Ware individuell gelöst werden. Leicht verderbliche oder stark differenzierte Waren wie z. B. Obst, Gemüse oder Konserven daraus dürften bald wieder dem Handel freigegeben werden, ja, die Kriegsgesellschaften werden gar nicht Lust haben, über die unbedingt notwendige Zeit hinaus mehr minder gefährliche Experimente zu machen. Dagegen ist es möglich, daß, selbst wenn eine zentrale Regelung aufhört, die Gewöhnung an die jetzt anempfohlenen Lieferungsverträge zwischen öffentlichen Körperschaften aller Grade und den Erzeugern zu einer wesentlichen Einschränkung des Tätigkeitsgebietes des freien Handels führt. Ganz allgemein gesprochen, werden die Grundbedingungen für die Wiederherstellung der Handelsfreiheit erst gegeben sein, wenn der Mangel an einer Ware behoben, die Möglichkeit eines Wettbewerbes gegeben ist. Nur dann kann der Handel eine gleichmäßige Verteilung der Waren zu erdwinglichen Preisen verbürgen. Ganz offenbar ist dadurch für die meisten Waren der Zusammenhang mit der Gestaltung der deutschen Währung gegeben. Jene Wettbewerbsmöglichkeit wird erst geschaffen werden können, wenn die Zufuhr aus dem Ausland frei ist. Das aber wird erst der Fall sein, wenn die freie Einfuhr nicht mehr zu einem Angebot deutscher Zahlungsmittel führt; das auf ihren Kurs drückt. Woraus wieder zu erhellen, daß das Währungsproblem eines der wichtigsten, alle Volkswirtschaft nahe berührenden Friedensprobleme ist.

Der freie Handel wird sich solange nicht geduldig Schranken ziehen lassen wollen. Schon heute organisiert er sich. Er hat manchen einflussreichen Gönner in manchen einflussreichen Ämtern. Erst kürzlich hat der „Zentralverband des Deutschen Großhandels“ eine Tagung mit dem Staatssekretär a. D. Dernburg als Hauptredner abgehalten. In einzelnen Branchen bilden sich Fachverbände, die auf ihrem Sondergebiet dem gleichen Ziel der Handelsfreiheit zustreben. So erst am 13. Januar eine „Wirtschaftliche Vereinigung der Eisenhändler Deutschlands“ mit dem Reichstagsabgeordneten List als Geschäftsführer. Es wird also harte Kämpfe zwischen dem Staatssozialismus und dem wirtschaftlichen Liberalismus geben. Dabei dürfen nur freilich nicht Warenagenten und Großhändler in einen Topf geworfen werden: diese sind Unternehmer, jene sind Arbeiter, bisweilen mit sehr hohem Einkommen, bisweilen aber, und sogar oft, in dürftigen Verhältnissen lebend, das Brot im Schweiß des Angesichts verdienend. Auf diese Kategorien weitgehende Rücksicht zu nehmen, ist sozialpolitisches Gebot.

Am Sonnabend hat sich eine Versammlung der Lebensmittelagenten mit dem Vorhaben der Konservenindustrie beschäftigt. Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Handlungsagenten-Vereine teilte mit, die volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes habe, wie sich in einer Besprechung ergeben hätte, nicht die Absicht, einen nützlichen Stand auszusprechen und es für wünschenswert erklärt, daß die Industrie den Vertretern die Provision zöhlte. Die Versammlung wies in einer Entschließung die unrichtigen Voraussetzungen, auf denen das Kundenscheit der Fabrikanten beruht, zurück.

Damit haben die Handelsagenten den richtigen Weg eingeschlagen. Es kommt nicht darauf an, auf das Kriegsernährungsamt zu drücken, damit es den Handel nicht ausschließe und die Preise entsprechend hoch ansetze, sondern darauf, den Versuch der Konservenfabrikanten zurückzuweisen, die zur Erzielung höherer Preise die Agenten scharf machen wollen.

Aus der Partei.

Konferenz der englischen Arbeiterpartei. In Manchester findet vom 23. bis 27. Januar eine Konferenz der englischen Arbeiterpartei statt, auf der wichtige Fragen behandelt werden. Das die Geschäfte führende Komitee der Partei hat auf eine Anregung von Minister Henderson bin eine Anzahl Resolutionen aufgestellt, die zusammen als ein definitives Programm für die Behandlung der künftigen industriellen und sozialen Umwälzungen angesehen werden müssen. Das Komitee hat deshalb den Wunsch ausgesprochen, daß die Konferenz ihre ganze Aufmerksamkeit diesen Fragen widmen soll, nachdem sie seinen Bericht über die Materie entgegengenommen hat. Diese Resolutionen betreffen die Demobilisation, die Regelung der Versorgung der Arbeiter mit Arbeit, die Wiederherstellung des Niveaus der Gewerkschaften, die Aufrechterhaltung eines gesetzlich festgelegten Minimallohnes, die Verstaatlichung der Eisenbahnen und Bergwerke, die Organisation der Landwirtschaft, die kommenden Steuern, das Wahlrecht, die Stellung der Frau nach dem Kriege, die Möglichkeit eines industriellen Waffenstillstandes und die Kontrolle über die Industrie.

Aus Groß-Berlin.

Die Verkehrsnot.

Auch der Charlottenburger Magistrat hatte an den Polizeipräsidenten von Berlin eine Eingabe gerichtet, worin er um eine Milderung der Verkehrseinschränkungen ersuchte. Auf die vom 5. Januar datierte Eingabe ist unter dem 10. Januar die Antwort eingegangen, worin der Polizeipräsident erklärt:

„Die seit Inkrafttreten des eingeschränkten Bahnbetriebs von meinem Verkehrskommissariat sowie von der Großen Berliner Straßenbahn angestellten Beobachtungen haben ergeben, daß einige Erweiterungen und Ergänzungen des Wagenverkehrs erforderlich waren, und es wird dort, wo es den Mitteln der hauptsächlichsten Presse und den sonstigen Veröffentlichungen der Großen Berliner Straßenbahn bekannt geworden sein, daß eine Erweiterung des Bahnverkehrs inzwischen in nicht unerheblichem Maße stattgefunden hat. Indem ich annehme, daß damit allen berechtigten Forderungen der beteiligten Kreise entsprochen worden ist, sehe ich gefälliger weiterer Mitteilungen mit Dank entgegen, wenn trotzdem nach den dorteilig angestellten Ermittlungen oder Erfahrungen eine oder die andere Ergänzung des Fahrplans noch für notwendig erachtet wird. Bemerken möchte ich aber schon jetzt, daß zurzeit eine volle Herstellung des früheren Wagenverkehrs schon deshalb ausgeschlossen ist, weil die große Berliner Straßenbahn infolge Materialmangel und Personal-schwierigkeiten an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist und auch eine weitere Aufrechterhaltung des Bahnbetriebs in dem jetzigen Umfang voraussichtlich nur dann möglich sein wird, wenn seitens der Heeresverwaltung der Straßenbahn ein Teil ihrer Angestellten wieder zur Verfügung gestellt wird. In dieser Hinsicht sind die erforderlichen Maßnahmen bereits in die Wege geleitet worden.“

Eine „volle“ Herstellung des früheren Wagenverkehrs hat unseres Wissens niemand gefordert; wohl aber ist für den Berufsverkehr verlangt worden, daß genügend Fahrgelegenheit bleibe, damit diejenigen, die bis spät in die Nacht hinein erwerbstätig sein müssen, nicht gezwungen sind, die ermüdeten Glieder noch stundenlang durch die Winterfalte zu schleppen, ehe sie ihr Heim zur wohlverdienten Ruhe erreichen.

Ob auf die Eingabe des Berliner Magistrats, die vor der Charlottenburger eingegangen ist, das Polizeipräsident schon geantwortet hat, ist bisher nicht bekannt geworden.

Uebervachung des Kohlenmarktes im Kleinhandel.

Wie der „Vorwärts“ (Nr. 6) mitteilt, hat das Kriegswuchergesetz nunmehr auch gegen wucherische Händlereien im Kleinhandel eingegriffen. Wie es heißt, sollen bereits verchiedene Händler und Händlerinnen der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht sein. Angesichts der vielen Klagen, die man besonders aus den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung wegen des Verhaltens der Kohlenhändler bei deren Verkauf von Feuerungsmaterial hört, ist ein besonderer Schutz wegen Uebervorteilung der ärmeren Bevölkerung dringend geboten. Die Klagen mehren sich von Tag zu Tag, daß manche Händler die vor ihren Verkaufsstellen sich einfindenden Frauen und Kinder trotz längerem Warten auf der jetzigen schlechten Bitterung obendrein noch in schroffem Tone und nach Willkür bei der Abgabe von Kohlen behandeln.

Ein weiterer Uebelstand ist, daß die Preise für Kohlen bei den Kleinhändlern weit höher sind als die Richtpreise, die der

Verband der Kohlenhändler dieser Tage in der Presse veröffentlicht hat:

Table with 5 columns: Item, Price, Kaiser, Krone, Sultan. Rows include '100 Stüd', '1000 Stüd', '1 Zentner', '10 Zentner für 1 Zentner', and 'Frei Haus'.

Verbraucher, die ihre Kohlen selbst von den größeren Glähen abholen, erhalten auch kleinere Mengen nach vorstehenden Preisen berechnet. Wenn hier und da bei einigen dieser Firmen Preisüberreitungen in den letzten Tagen vorgekommen sind, so hat, wie wir hören, der Verband der Kohlenhändler hiergegen in einem Zirkular an seine Firmen warmen Einspruch erhoben.

Obwohl nun auch die Kleinhändler ihre Kohlen fast ausschließlich direkt von der Grube wagonweise beziehen, sind die Preise in ihren Verkaufsstellen weit höher als auf den größeren Kohlenplätzen Berlins. Der Wille des Abtragens der Kohlen zur Rundschicht ist der Kleinhändler heute fast gänzlich entfallen, weil die Verbraucher sie sich abholen. Kann kosten aber beim Kleinhändler, ob 'Ile' oder 'Kaiser', durchschnittlich

Table with 2 columns: Item, Price. Rows include 'bei Selbstabholung 100 Stüd 1,60 M.', 'frei Haus 100 1,80'.

also schon 20 Pf. mehr pro Hundert als die vorerwähnten Richtpreise ergeben. Aber dabei bleibt es nicht. Infolge der Kohlenknappheit belieben es die Kleinhändler besonders, ihre Kohlen nur in recht kleinen Mengen abzugeben. Im Interesse der Allgemeinheit würde hingegen weniger zu fragen sein, wenn bei der Abgabe für 20 oder 30 Pf. (für mehr Geld wird gemeinhin nicht abgegeben) auch die Stückzahl nach dem Grundpreis berechnet übereinstimmen würde. Damit hat es aber nun sein eigenes Bewenden.

Feststellungen, die von privater Seite gemacht wurden, haben ergeben, daß die Kleinhändler fast ausschließlich überall nicht mehr wie sechs Preßföhlen für 10 Pf. verabfolgen. Da, wie schon bemerkt, zum größten Teil der Verkauf beim Kleinhändler in der letzten Zeit nur in geringen Mengen erfolgt, so erzielt er eine wesentlich höhere Einnahme, was aus folgender Gegenüberstellung ersichtlich ist:

Table with 4 columns: Item, Price, Item, Price. Rows include '10 Preßföhlen 0,14 M.', '20 0,28', '30 0,42', '60 0,84', '90 1,26', '100 1,40'.

Wenn der Kleinhändler bei fortgesetztem Verkauf kleinerer Föhlen 1000 Preßföhlen umfasst, so beträgt seine Einnahme hierfür 14,00 M. Bei richtiger Abgabe der Zahl und nach den erwähnten Richtpreisen berechnet, würde die Einnahme bei 1000 Stüd nur 14 M. betragen dürfen.

In einer Verfügung des Handelsministers an die Regierungspräsidenten heißt es: 'Die Erhöhung des Bezugspreises um eine Mark für die Tonne Kohlen bedingt nur einen Aufschlag von 5 Pf. pro Zentner im Kleinhandel.' Der Kleinhandel verkauft die Preßföhlen nur in seltenen Fällen nach Gewicht. Das geschah nur auf einigen Plätzen am Götlicher Bahnhof. Die Käufer erhielten hier den Zentner Mittelstöße für 1,30 M.; die Anzahl der Kohlen betrug im Durchschnitt 114 Stüd auf den Zentner. Beim Kleinhandel im Ladenverkauf kommen aber 114 Preßföhlen, also ein Zentner, auf 1,80 M. zu stehen. Dieser Preis liegt nicht im Einklang mit obiger Verfügung. Daraus ergibt sich, daß auch beim Einlauf von Heizungsmaterial die unbenutzten Verbraucherschichten beim Kleinhändler die höchsten Preise zahlen müssen. Es müßte daher Aufgabe der Behörden sein, Anordnungen zu treffen, daß der Kleinhändler bei der Abgabe von nur kleineren Föhlen die richtige Zahl von Preßföhlen nach den Richtpreisen zu berechnen, aber die Kohlen nach Gewicht zu verkaufen hat, damit eine Ueberverteilung der ärmeren Bevölkerung verhütet wird.

Hürsorge für Mutter und Kind.

An der Lösung der Aufgabe, die Säuglinge möglichst vor Sichelstun und frühem Tod zu bewahren, will das Kaiserin-Auguste-Viktoriahaus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich mitarbeiten durch wissenschaftliche Forschung, durch ausführende Vorsehung und durch eine auf Mutter und Kind sich erstreckende Pflege. Und dem uns kürzlich zugegangenen Jahresbericht über die Arbeit der Anstalt im letzten Verwaltungsjahre, das die Zeit vom 1. April 1915 bis 31. März 1916 umfaßt, sei hier einiges von dem wiedergegeben, was er über die Pflegefähigkeit mittel.

Die Hürsorge für die Mütter wird Schwangeren und Säuglingen gewährt. Das Haus nahm nun 300 Frauen auf, die meisten vor der Entbindung. Au in Pflege genommen wurden 877 Kinder, neben 70 Säuglingen auch 178 über ein Jahr alte Kleinkinder. Unter den Säuglingen waren 244 in der geburtsärztlichen Abteilung des Hauses geboren. Einen Einfluß der Kriegszeit auf die Neugeborenen, der berechtigten würde, von besonderen Kriegneugeborenen, zu sprechen, hat die Anstalt nicht feststellen können. Der Pflegekosten für Kinder der dritten Klasse und für unversehrte Mütter wurde, wie der Bericht hervorhebt, trotz außerordentlicher Aufgabenerhöhung nicht erhöht, weil schon in Friedenszeiten der Tageslohn von 8 Mark für einen Säugling ein reichlich hoher ist. Der Bericht weist darauf hin, daß schwere Erkrankungen eines Säuglings einen Krankenhausaufenthalt von 4-6 Wochen erfordere, und sagt dann: 'Die damit verbundenen Kosten hielten schon in Friedenszeiten manche Familien veranlaßt, auf die Hospitalisierung ihres Kindes zu verzichten, und es dadurch dem Tode preisgegeben. In Kriegzeiten würde eine Verteuerung der Krankenhauskosten für die Kinderbewahranstalten unfehlbar ein weiteres Hindernis für die Bestrebungen, erkrankte Säuglinge möglichst schnell geeigneten Anstalten zu überweisen, bedeuten und dürfte mit Sicherheit ein Anzeichen der Sterblichkeitsziffer zur Folge haben, was in der jetzigen Zeit mehr als je vermieden werden muß.' Darüber, ob für verheiratete Mütter der Pflegekosten erhöht worden oder gleichfalls unverändert geblieben ist, haben wir in dem Bericht keine Angabe gefunden.

Die Anstalt wird, weil sie in Charlottenburg (Mollwitzstraße) liegt, besonders stark von der Bevölkerung Charlottenburgs in Anspruch genommen. Von den neu aufgenommenen 300 Frauen waren aus Charlottenburg allein 104, aus Berlin nur 33, aus anderen Gemeinden zusammen 143. In der geburtsärztlichen Abteilung wurden 243 Frauen entbunden, darunter 50 Kriegerfrauen zu ermitteltem Pflegekosten. Wichtig sind die Bemerkungen, möglichst alle Mütter zu veranlassen, daß sie ihre Säuglinge stillen. Nur eine der Entbundenen war ganz stillfähig, 10 hatten nicht ausreichend Nahrung für ihre Kinder, die übrigen 228 erwiesen sich voll stillfähig. Die Mütterabteilung, in der Mütter nach dem Wochenbett samt den Kindern aufgenommen werden können, verpflegte 107 Frauen. Von hier aus wurden 44 Ammen abgegeben, deren Kinder meist bis zum dritten oder vierten Monat in der Anstalt blieben und dann in Pflegefamilien kamen. Unter den in der Anstalt verpflegten Kindern waren 701 Kranke, dazu gehörten 85 aus dem Vorjahr übernommene und 613 neu aufgenommene. Mütterzahl sind Frühgeborene, die aus der geburtsärztlichen Abteilung hierher überwiesen wurden. Es starben 113 Kinder, davon 76 in der ersten Woche ihres Krankenhausaufent-

haltes, von diesen 60 sogar in den ersten drei Tagen, von diesen 48 in den ersten vierundzwanzig Stunden. Angeborene Lebensschwäche und Erkrankungen der Verdauungsorgane waren bei den so früh gestorbenen Kindern die häufigsten Todesursachen.

Das Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hat, wie wir aus dem Bericht ersehen, für die aufzunehmenden Kinder drei Klassen mit verschiedenen Pflegekosten festgelegt. Es wäre vielleicht ganz lehrreich, wenn in künftigen Jahresberichten diese Unterscheidung auch für die Krankheits- und Sterblichkeitsfälle durchgeführt würde. Wir vermuten, daß die Berichte dann mehr als bisher auch zur Beleuchtung des Zusammenhanges der Säuglingssterblichkeit mit der sozialen Lage beitragen könnten. Für den Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit gibt die Aufdeckung der sozialen Ursachen des Massensterbens der Kinder einerseits einen wertvollen Fingerzeig, der auf die Notwendigkeit der Beseitigung dieser Ursachen hinweist.

Wieder einer von der alten Garde gestorben!

Am 6. Januar d. J. verstarb, wie wir leider jetzt erst erfahren, nach längerer Krankheit der Maler Eugen Damerow im Alter von 69 Jahren. Mit Eugen Damerow ging einer der alten erprobten Kämpfer zu Grabe, die all die Verfolgungen des Sozialistengesetzes für sich getragen haben. Schon in seinen jungen Jahren schloß er sich der Partei an und erwarb sich durch sein unermüdliches Wirken das Vertrauen seiner Genossen im letzten Wahlkreise. In der Mitte der achtziger Jahre, in der Mäßigkeit der Brüder-Nachso, Kaporra usw., als das Sozialistengesetz noch einmal in voller Schärfe angewandt wurde, trat Eugen Damerow unerschütterlich ein für die Verbreitung unserer Ideale. Und weil infolge der harten Handhabung des Gesetzes nur wenige Gastwirte ihre Lokale zu Parteizusammenkünften hergaben, stellte Genosse Damerow dem Wahlkreise des letzten Kreises seine Wohnung bereitwillig zu allen Wahl- und Parteiarbeiten zur Verfügung. Das bedeutete bei den unausgesetzten Verfolgungen und den Ausweisungen so vieler tätiger Parteigenossen und Kommunisten großen Mut und Mutherschrockenheit. Es ging um die Partei. So wirkte Eugen Damerow in schätzbare Weise für die Verbreitung unserer Ideen und beagete allen Verfolgungen mit seinem ruhigen, trockenen Humor. Wie war ihm die Arbeit zu schwer, wie ein Weg zu weit, wie eine Stunde zu spät, um für seine Ueberzeugung tätig zu sein. Noch kurz vor seinem Tode stand er als Bezirksleiter in Reich und Mitglied mit den jüngeren Genossen, bis ihn seine Krankheit zwang, ruhig und still bei Seite zu treten. Jeder, der ihn kannte, betrauert in Eugen Damerow einen jener braven, opferfertigen und selbstlosen Parteigenossen, die ohne jede Renommisterei in voller Eingabe sich selbst und ihr ganzes Leben der Partei zur Verfügung stellten. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Auf dem Vorderberron.

Es ist merkwürdig: im Wageninnern, wo es warm ist, tun die Leute, als wenn ihnen der Mund angefroren wäre, oder brauchen, in der Kälte, da tanzen sie auf. Kommt jetzt ein Wort, so ist schon ein gemeinsames Gespräch im Gange. Dieser Tage wieder hatte ich meinen Spöß auf dem lustigen Vorderberron meiner 'Stamm-Zimie'.

'Rein Plog mehr,' sagt die Wagenführerin, als ein Feldgrauer mit warte.

'Immer steigen Sie mor in,' sagte ein Mann, der in Sonnenbreite vor mir stand. 'Wir sind ja man alle Kriegernährer.'

Die Wagenführerin drehte sich ihm zu und sagte spöttisch: 'Na, Sie haben doch noch keine Kriegstaife.'

'Sie hatte die Koffer auf ihrer Seite und den Feldgrauen schon im Rücken. Er hatte sich, man überbeirngt.'

'Dat, keine Kriegstaife? Dreißig Pfund habe ich abgenommen,' brummte der Dide. 'Haben Sie eine Ahnung! Jehn Pkur' kommen auf jedes Jahr. Wenn der Krieg noch eine paar Jahre dauert, lasse ich mir in die Postage als Knochenmensch sein.'

'Schlimm genug soll's ja sein mit der Lebensmittelknappheit,' meinte eine Frau, sie war sehr einfach gekleidet, 'aber den ganzen Tag habe ich noch nicht gegurgelt. Ich wollte, mein Mann hätte immer so viel zum Essen gehabt, wie ich hier.'

'Sie essen gewiß nicht wille mehr als ein Sperling,' lachte der Dide. 'So sein Sie nämlich auch aus. Ich kann zu einer Mahlzeit gut so viele Kartoffeln essen, als auf meinen Kopf pro Woche kommen.'

'Wir haben auch in Friedenszeiten nur mäßig gegessen,' sagte die Frau. 'Für die Preßföde freilich soll das Durchhalten besonders schwer sein.'

'Das soll stimmen,' nickte der Feldgrau ihr zu. 'Erhalten Sie,' sagte der Dide, 'ich' ich denn wie 'n Preßföde aus? Ich esse bloß so wille, weil nirgends kein bißchen Fett dran ist. Und wo bleibt der junge Fett? Ich bin gewiß kein Koter, aber ich wech, was ich moche, wenn der Krieg vorbei ist. Notwohl, wahungert war ich schon, wenn man nicht ob und zu mal bißchen was hinten herum erben lömt.'

'Was? rief einer und lachte. 'Sie brauchen man gar nicht so dreißig zu lachen,' sagte der Dide. 'Jetzt muß jeder zueh'n, wo er bleibt. Ich habe eine Dampfwascherei am Wedding. Ich komme mit Leute in Veränderung, die Bescheid wissen. Ich sage bloß: die Juden. Und der Mann wird natürlich auch beschlagnehmen. Was soll der Arbeiter zu trinken?'

'Sie machen sich unnütze Sorgen um den Arbeiter,' sagte der Feldgrau. 'Dem tut anderes mehr not als der Schnaps.'

'Schade, daß ich schon aufsteigen muß,' bebaunte der Dide. 'Ich hätte Ihnen sonst noch gesagt, was in der Welt gespielt wird. Es kommt noch so weit, daß wir nen Judenkönig kriegen.'

Der Dagen hielt. Der Dide schob sich langsam ans Trittbrett. 'Der Wasser wird noch noch beschlagnehmen,' sagte er zum Abschied und lachte, als hätte er einen Witz gemacht. 'Vorerst aber wird man die Kerle drin erlösen, die so dämlich quatschen wie Sie', rief ihm der Feldgrau nach. 'Ich dachte bei mir: Jetzt neigen viele Spießer zur Anarchie, weil sie den Wanz nicht voll genug kriegen könnten.'

Städtische Kunstpflege.

Im Laufe des Berichtsjahres 1915 (April 1915-März 1916) ist an Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Dupont der Stadtverordnete Glode von der Stadtverordnetenversammlung zum Mitgliede der Kunstdeputation gewählt worden.

Auf der Großen Berliner Kunstausstellung wurden sieben Gemälde, eine Porzellanbüste und zwölf kleinere Kunstgegenstände, Holzschmitten, Aderungen, Plaketten und Medaillen angekauft; auf der Ausstellung der Berliner Sezession zwei Gemälde und auf der Ausstellung der Freien Sezession drei Gemälde. Außerhalb der Kunstausstellungen wurden angekauft: ein Delbildnis Gerhard Hauptmanns aus seiner Friedrichshagener Zeit von Professor Hans Fechner, aus dem Nachlaß des Malers Professor Oskar Frenzel zwei Delgemälde und aus dem Nachlaß des Bildhauers Hermann Engelhardt das lebensgroße Bronzebildwerk 'Ara', das demnachst auf der Terrasse im Schillerpark zur Ausstellung gelangen soll.

Für Anläufe zur Unterstützung der Akademischen Kriegshilfe wurden wie im Vorjahre aus dem Mitteln des Kunstfonds wieder 25.000 M. hergegeben, außerdem hat ein Berliner Gönner zum gleichen Zwecke und auch zur freien Verteilung von Unterstützungen an Künstler, die durch den Krieg ganz besonders in Bedrängnis geraten sind, der Deputation den Betrag von 20.000 M. zur Verfügung gestellt. Für diese Beträge wurden angekauft: 43 Delgemälde, 8 Aquarelle, 18 Aderungen und Holzschmitten und 10 Bronzebildwerke, und in 80 Fällen wurden freie Unterstützungen gewährt.

Die Berliner Bäckereien im Jahre 1916.

Die Verhältnisse im Berliner Bäckergewerbe können, wie aus dem bei der Abteilung für Brotversorgung vorliegenden Material

hervorgeht, im allgemeinen als leidlich bezeichnet werden, und angestellte Verordnungen haben ergeben, daß bei den bestehenden Wahlpreisen auf der einen und den Gebührenspreisen auf der anderen Seite ein angemessener Nutzen verblieb. Die Zahl der von der Stadt Berlin vertriebenen Betriebe ist von 1495 auf 1450 zurückgegangen, dagegen ist die den einzelnen Betrieben zugewiesene Durchschnittsmenge von 13,55 Doppelzentner auf 13,85 Doppelzentner gestiegen; während der monatliche Mehrverbrauch der von der Brotversorgung Groß-Berlins versorgten Brotbäckergemeinschaft monatlich 170.000 Doppelzentner betrug, verbrauchten die in der Stadt Berlin gelegenen Bäckereien etwas über die Hälfte, Anfang Juni 1915 20.300 Zentner wöchentlich, Anfang Juni 1916 20.200 Zentner wöchentlich. Die höchste und die niedrigste Menge wurde im Dezember 1915 und Mai 1916 erreicht, nämlich 24.400 bzw. 19.538 Doppelzentner wöchentlich. Von den von der Stadt Berlin versorgten Bäckereien waren ungefähr der dritte Teil, nämlich 500 Bäckereien, Kleinbetriebe mit einem wöchentlichen Durchschnittsverbrauch von 5 1/2 Doppelzentner. Kleine Kleinbetriebe mit einem wöchentlichen Durchschnittsverbrauch von 9,7 Doppelzentner waren Mitte 1916 ca. 330 vorhanden. Der Rest entfiel auf größere Kleinbetriebe mit durchschnittlich 16 1/2 Zentner Wochenverbrauch (hierzu waren ca. 400 vorhanden) und Großbetriebe mit durchschnittlich 33 Zentner Wochenverbrauch (65 Betriebe).

Wasserkartoffeln bei der Volksspeisung.

Die Volksspeiseeinrichtungen der Stadt Berlin bieten die Möglichkeit, die Speisen lediglich in den Ausgabestellen zu bereiten. Wer das will, läßt sich seine Portion in einem Echnapf geben, auch wird für ihn auf Wunsch ein Köffel beigelegt, und er kann dann an einem der bereitgestellten Tische sein 'Diner' einnehmen. Einer, der bisher in seiner Speiseausgabestelle das regelmäßig getan hatte, klagt uns, daß in der vorigen Woche der Köffel mit Wasserkartoffeln verabschiedet wurde. Für ihn war das deswegen sehr unangenehm, weil er mit seinen von giftigen Früchten belasteten Händen - er ist Schriftmaler und geht täglich in der Mittagspause zur Speiseausgabestelle - selber die Kartoffeln abspülen mußte. Es mag ja sein, daß die Rücksicht auf diese Maßregel sich genügt glaubte, weil er weder genügend Personal zur Verfügung stand, oder bei der jetzigen Kartoffelknappheit die Kartoffeln aus Sparsamkeitsgründen nicht gekauft werden sollten. Aber für alle diejenigen, die von der Arbeit zur Speiseausgabe kommen und hier ihr Essen verzehren wollen, ist es wirklich nicht sehr appetitlich, die abgewaschenen Kartoffeln mit mangelhaft gereinigten Händen anfassen zu müssen. Da hilft es auch wenig, sein eigenes Besteck mitzubringen, wie es den in den Ausgabestellen speisenden Gästen schon empfohlen worden ist, oder sein Taschentuch zu benutzen. Neuer Schriftmaler hat nur 1/2 Stunde Mittagspause, in der er die Hände waschen, den Weg zur Speiseausgabe machen, sein Essen entgegennehmen und verzehren und dann rechtzeitig wieder zur Arbeitstätte gelangen soll. Von einer so kurz bemessenen Pause kann er nicht die Zeit drüberbehalten, sich gründlich zu reinigen, was bei der Unzulänglichkeit der jetzigen Wassermittel ohnedies für einen Maler schwierig ist. Mit Rücksicht auf die vielen Arbeiter und Arbeiterinnen, die in ähnlicher Lage sein werden, sollte man bei der Volksspeisung nicht zu dem Koßbehelf der Wasserkartoffeln greifen, oder sie nicht ungepöbelt liefern.

„Paulinum-Mehl.“

Wie von der Ernährungsbehörde beauftragt wird, hat die Firma 'Bernuth', Nahr- und Genussmittelabrik in Berlin SO 39, Schönefelder Straße 27, und C 19, Wallstraße 25, als 'Pflanzenmehl' mit der näheren Bezeichnung 'Paulinum-Mehl' ein sogenanntes 'Handelsfreies Mehlstreuungsmittel' unter besonderem Hinweis auf die Backfähigkeit in den Verkehr zu bringen versucht. Nach dem Ergebnis der amtlichen Untersuchung von Proben der betreffenden Ware handelt es sich um Strohmehl; weitere Ermittlungen haben ergeben, daß im wesentlichen gemahlene Bohnen- und Rapsstroh in Betracht kommt.

Zur Aufklärung an diese Mitteilung fordert der Vorstand des Kreises Teltow alle Ortsverbände, ihre Sachverständigen anzuweisen, derartigen Verfahren mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Die Vollmischkarten für Februar sind bis zum 21. Januar von den Ortskommissionen abzuholen. Die Karten für Krause werden wie bisher von der Zentralstelle für Krankenversicherung zugesandt. Die Inhaber von Vollmischkarten werden dringend ersucht, die Februarkarten bis zum 24. Januar ihrem Milchhändler vorzuliegen. Wechsel des Händlers ist nicht gestattet. Der Milchhändler hat die Kontrollabschnitte abzuschneiden. Den einen (links unten) bewahrt er auf, den andern (rechts unten) sendet er wie bisher der Fettstelle Groß-Berlin (Milch) ein. Die Milchhändler werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Kontrollabschnitte bei der Fettstelle Groß-Berlin am 26. Januar eingegangen sein müssen.

Die Pensionen der Staatsbahnarbeiter hat ihre Ausfertigungen geändert und die Neuerungen werden jetzt durch eine Verfügung des Eisenbahnministers erläutert. Danach haben die Pensionsmitglieder der Abteilung bereits bei Vollendung des 65. bisher 70. Lebensjahres Anspruch auf Altersrente. Als Basalrente werden aus Abteilung A für jede Waise drei Zwanzigstel des Grundbetrages und der Steigerungsbäge der Invalidenrente gewährt, die der Empfänger zur Zeit seines Todes bezog oder bei Invalidität bezogen hätte. Die Invaliden, Witwen und Waisen-Zusatzrenten aus Abteilung B sind vom 1. April 1917 an allgemein um 10 Proz. erhöht. Die Staatsbahnabverwaltung leitet der Abteilung B außer der Hälfte der Beiträge vom 1. April 1917 an einen jährlichen Zuschlag in Höhe eines Viertels, bisher eines Sechstels der Gesamtbeiträge. Die Zeit freiwilliger militärischer Dienstleistungen in Wehrmacht und Kriegsjahren wird rückwirkend vom Beginn des Krieges, bei der Bemessung der Beiträge aus der Abteilung D in gleicher Weise anzurechnen, wie dies bisher schon für die Erfüllung der Wehrpflicht angesetzt war.

Eine neue Verordnung über Fahrkühle hat der Berliner Polizeipräsident erlassen. Von Nichtigkeit sind die neuen Bedingungen für die Zulassung von Fahrkühlern. Habesführer müssen in einer Prüfung, zu der sie erst nach vollendetem 18. Lebensjahre zugelassen werden können, den Nachweis erbracht haben, daß sie mit den Verkehrsbestimmungen usw. völlig vertraut sind. Ihre Zulassung erfolgt nur für bestimmte Aufträge auf bestimmten Grundstücken. Hilfsführer müssen das 14. Lebensjahr vollendet haben und mit der Bedienung und den Verkehrsbestimmungen vertraut sein. In Kabinen, Hotels und Warenhäusern haben die zuständigen Fahrkühlführer und Hilfsführer während der Betriebszeit ein Abzeichen zu tragen, das sie als Führer kennzeichnet. Bei den Bedingungen über körperliche Eignung ist auf Kriegsverletzte gebührend Rücksicht zu nehmen.

Die Gebührensätze der Feldsoldaten. In der Vätermeldung über die den Soldaten im Felde zustehenden Gebührensätze ist folgendes zu bemerken: Die Soldaten draußen erhalten seit dem 1. Juli 1916: Gemäße: nicht 150 Gramm, sondern 125 Gramm Reis, Graupen, Grieß; nicht 1500 Gramm Kartoffeln oder 250 Gramm Kartoffelflocken oder 300 Gramm Dörrkartoffeln, sondern 300 Gramm Kartoffeln oder 50 Gramm Kartoffelflocken oder 60 Gramm Dörrkartoffeln nebst entsprechenden Teilen der anderen Gemüshorten für den Anfall an Kartoffeln gegenüber dem Vorkonsum von 1200 Gramm; nicht 150 Gramm, sondern 125 Gramm Fadobohnen; nicht 25 Gramm Kaffee, sondern 15 Gramm Kaffee nebst 5 Gramm Kakao; an Brottaffel: nicht 55 Gramm Butter oder Sahne, oder fettes Schweinefleisch in Dosen, sondern 55 Gramm Butter oder fettes Schweinefleisch in Dosen, sondern 55 Gramm Käse, nicht 125 Gramm Mäse, sondern für den Kopf und Monat 300 Gramm Mäse; an Genussmitteln: nicht 0,1 Liter Brauwasser täglich, sondern nur unter besonderen Voraussetzungen, Kaffee, Mitterung usw. 0,1 Liter Brauwasser; nicht 0,1 Liter, sondern 0,02 Liter Fruktosaf; an Brot: nicht 75 Gramm Mehl, sondern bis zu 40 Gramm Mehl.

Vorläufig keine Gewerkschaften. Amlich wird mitgeteilt, daß der Abzug der Gewerkschaften und Forderungen nach wie vor streng verboten ist. Die Freigabe wird erst in einigen Wochen erfolgen. Die Gewerkschaften sollen für die gewerkschaftliche Zeit aufgearbeitet werden. Gegenwärtige Nachrichten sind irrig.

Vorforderungen an Kriegsgefangene in Frankreich. Auf den unbestimmbar aus Frankreich zurückkehrenden Sendungen bedeutet ein Fragezeichen hinter dem Wort Regiment, daß die Sendung wegen unvollständiger Angabe der Regimentsnummer nicht hat untergebracht werden können; die Quittungen „S. R.“ belegen, daß das Pariser Bureau de renseignements zur Zeit der Ankunft der Sendungen noch keine Nachrichten über den Gefangenen besaß.

Zu beachten ist, daß sich auf französischem Boden auch englische Gefangenenerlöser befinden, nach denen der Postverkehr aber ausschließlich durch englische Behörden vermittelt wird. Postanweisungen an deutsche Gefangene in solchen Lagern auf französischem Boden sind nicht an die Oberpostdirektion in Bern, sondern an das Königlich Niederländische Postamt im Haag zu richten.

„Bohnen-Kremer“ wieder verhaftet. Der angebliche Dr. Kremer, der in Wirklichkeit ein 36 Jahre alter Kaufmann Wilfried Schmid ist und im Juli d. J. durch einen großen Falschbriefschwindel mit Böhnen über 100 000 M. erbeutete, ist jetzt in Reutlingen zum zweitenmal verhaftet worden. Am 2. Oktober war er bekanntlich aus einem Reservelazarett zu Schöneberg entlassen. Wahrscheinlich hat er in der Zwischenzeit wieder Schwindeltaten verübt oder zu versuchen versucht, vielleicht unter dem Namen „Flieger-Oberleutnant Julius Heilmann“ und „Fliegerleutnant Felig Gröffe“. Schmid, der wieder der Militärbehörde übergeben wurde, weigert sich anzugeben, wo der Rest seiner Beute, mehr als 50 000 M., geblieben ist, für deren Wiederbeschaffung eine Belohnung bis zu 1500 M. ausgeschrieben ist. Vielleicht hat er das Geld auf einer Bank unter falschem Namen angelegt. Alle diejenigen, die über den Verbleib der Summe und über das Treiben des Schwindlers seit seiner Flucht aus dem Lazarett am 2. Oktober vorigen Jahres etwas mitzuteilen wissen, werden ersucht, sich an Kriminalkommissar Krüger beim Berliner Polizeipräsidium zu wenden.

Ein tödlicher Baumsturz hat sich in der Mühlenstraße in Schöneberg ereignet. Dort läßt gegenwärtig die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft einen Fabrikneubau aufführen. Als Dienstag vormittag eine Ladung Baumaterial emporgehoben werden sollte, riß plötzlich in der Höhe des zweiten Stockwerks das starke Seil und die Last sankte in die Tiefe. Eine auf dem Neubau beschäftigte 30-jährige Frau Kleinert wurde von einem Teile der Ladung getroffen und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie auf der Stelle starb.

Aus den Gemeinden.

Zur Reichstagswahl in Potsdam-Spandau-Osthavelland. Entgegnung.

In Nr. 15 des „Vorwärts“ nimmt der neue Kreisvorstand von Spandau-Osthavelland in einer langatmigen, aber der Wahrheit des halbes doch nicht entsprechenden Erklärung Stellung zu dem Beschlusse des Bezirksvorstandes in der Kandidatenliste. Inhaltlich beschränkt der erste Teil dieser „Erklärung“ auch nicht die Richtigkeit der Darstellung des Bezirksvorstandes, sondern sie bestätigt die jeder parlamentarischen Gepflogenheit und parteiüblichen Regel höflich sprechende Art der Abstimmung.

Wenn aber die Tatsache bestritten wird, daß die Opposition ihre Mehrheit von zwei Stimmen auf Grund von Gültigkeitserklärung zweier ungültiger Mandate erreicht habe und versucht wird, das Gegenteil daraus zu konstruieren, so heißt das, die Wahrheit auf den Kopf stellen.

Es widerpricht weiter allem Recht, daß dem noch nicht gewählten Wahlkommissionsmitglied aus Potsdam vorher bereits Stimmrecht eingeräumt wurde, und auch die Mandatsniederlegung des Genossen Staab als Wahlkommissionsmitglied drei Tage vor dem Stattfinden der Kreisgeneralversammlung geschah nicht so ganz von ungefähr. Erklärte doch Genosse Staab, falls dem in Frage kommenden Genossen das Stimmrecht nicht eingeräumt würde, verlange er das Recht, zwei Stimmen abgeben zu können, und zwar einmal als Mitglied des Kreisvorstandes und sodann als Wahlkommissionsmitglied.

Wichtig ist, daß in früheren Kreisgeneralversammlungen auch Frauen schon gültige Mandate hatten. Dagegen hätte natürlich auch niemand etwas eingewendet, wenn die Spandauer Genossen von den ihnen auf Grund ihrer Mitgliedschaft zustehenden zwei Mandaten eines der Frauen überlassen hätten. Dies haben sie aber nicht getan, sondern noch extra eine weibliche Delegierte mitgebracht und nun für diese Genossin Sitz und Stimme verlangt und — eigentümlicherweise auch ausgebittelt erhalten.

Wenn weiter die Frage gestellt wird, woher der Bezirksvorstand wisse, wie der eine oder andere Delegierte gestimmt hätte, so muß man sich wohllich über eine derartige Rivalität wundern, denn von den Vertretern von Spandau und Potsdam wäre die Gültigkeitserklärung der beiden Mandate nicht mit solcher Verbe und Aufwendung von Zungenkraft gefordert worden, wenn sie nicht im klaren darüber gewesen wären, auf welchem Standpunkt diese Genossen ständen. Erklärte doch Genosse Kiesel, daß sie, falls das Mandat des Wahlkommissionsmitgliedes nicht anerkannt würde, die Konferenz verlassen müßten.

Wichtig ist, daß eine Vorstandskonferenz am Vortag sich auf meinen Vorschlag einigte, die Zahl der Delegierten zu dieser Kreisgeneralversammlung auf den Mitgliederbestand nach der letzten Quartalsabrechnung zu beschränken“. Wichtig ist aber auch, daß die beiden Genossen aus Kremmen und Gladow zu dieser Vorstandskonferenz zwar nicht erschienen konnten, aber durch mich entschuldigt wurden und deshalb natürlich angenommen werden mußte, daß deren Vertretung auf der Kreisgeneralversammlung nicht angefochten werden würde. Niemand erhob auf der Vorstandskonferenz gegen die an sie ergangene Einladung Einspruch. Es mußten angesichts der bevorstehenden Wahl daran liegen, alle Orte auf der Kreisgeneralversammlung vertreten zu sehen, da Potsdam und Spandau, trotz großer Worte, die Arbeit allein nicht leisten können und die beiden vorgenannten Orte bis in die erste Zeit des Krieges namhafte Mitgliedschaften aufzuweisen hatten.

Wenn weiter die Behauptung aufgestellt wird, daß ein Ortsverein deshalb nicht zur Kreisgeneralversammlung geladen worden sei, weil sich dessen Vertreter in einem Briefe an den Kreisvorstand auf den Standpunkt der „Arbeitsgemeinschaft“ gestellt habe, so ist das, gelinde gesagt, eine wissenschaftlich leichtfertige Unterstellung. Der betreffende Ortsverein hat rechtzeitig per Post eine Einladung erhalten und ich habe dieses auch dem Kreisvorstand in seiner Sitzung vom 1. Januar er. mitgeteilt und niemand von den Anwesenden hat an der erfolgten Einladung Zweifel geäußert. Und das besagte schriftliche Verzeichnis des Vertreters, daß er sich der Arbeitsgemeinschaft anschließen, ist erst nach der Kreisgeneralversammlung und zwar am 5. Dezember erfolgt, als er sich über die Nichterladung beklagte.

Ferner wird die Behauptung aufgestellt, die Erklärung der Opposition, „das Mandat lieber einem Konservativen wie einem Anhänger der „Arbeitsgemeinschaft“ zu überlassen“ sei vurer Schwindel. Ich kann dazu erklären, daß diese Erklärung zuerst in der Kreisvorstandssitzung, die zu der Nachwahl Stellung nahm, dann in der Vorstandskonferenz vom Vortag, beide Male von dem Kreisvorstandsmitgliede Trompeter (Arbeitsgemeinschaft) und in der Kreisgeneralversammlung vom 3. Dezember 1916 von Trompeter und Wieser (Spartakus) abgegeben wurden.

„Sieber ein Konservativer, als ein Mehrheitsanhänger“, das war die Parole der Opposition und ging wie ein roter Faden durch fast alle Ausführungen der Redner derselben.

Die Richtigkeit der von dem Bezirksvorstand gegebenen Darstellung ist im übrigen von allen auf dem Boden der Fraktionsmehrheit stehenden Teilnehmern der Generalversammlung bestätigt worden.

Emil Stahl, Spandau.

Tüchtige Kraft gesucht.

Seit Kriegsausbruch sind die Kosten für den Lebensunterhalt enorm gestiegen, so daß Staat, Kommune und Privat Arbeitgeber veranlaßt wurden, auch die Löhne ihrer Angestellten zu erhöhen. Der Gemeindevorstand von Wittanau veröffentlicht aber nachstehendes Inserat:

In der hiesigen Verwaltung wird für die Gemeinde und Steuerkasse

eine tüchtige Kraft

zum möglichst sofortigen Eintritt gesucht. Gehalt je nach Alter und Leistungen monatlich bis zu 110 M. Bewerber — Damen und Herren —, welche Erziehung im Kasernen- und Buchführungswesen besitzen, wollen ihre Gesuche umgehend anendant Häufeler hier selbst, Rathaus, richten.

Berlin-Wittenau, den 11. Januar 1917.

Der Gemeindevorstand.

Witte, Bürgermeister.

Also, eine tüchtige Kraft erhält bis zu 110 M. Danach hat also der oder die Tüchtigste, vorausgesetzt, daß das nötige Alter vorhanden ist, Aussicht, wirklich die 110 M. zu bekommen. Ist es schon für Einzelpersonen ungeheuer schwer, sich von einem so geringen Verdienst zu ernähren, so ist das für Angestellte, die noch Angehörige zu versorgen haben, vollkommen unmöglich, ihren Lebensunterhalt davon zu bestreiten. Sollte die Gemeindevorwaltung also ihre tüchtigen Kräfte nach diesen Grundätzen besolden, so müßten wir ihr den freundschaftlichen Rat geben, diese Grundätze schnellstens einer Revision zu unterziehen, denn sonst wird sie tüchtige Kräfte nicht lange behalten.

Verteilung von Gruppen in Charlottenburg. In der Zeit vom Freitag, den 19. Januar, bis Sonnabend, den 27. Januar 1917 findet in Charlottenburg eine allgemeine Verteilung von Gruppen beim. Größe statt. Es wird verabsolgt 1/2 Pfund Graupen oder Grütze auf Nr. 25 der roten Nahrungsmittelkarte.

Häufenschäkte- und Teigwarenverkauf in Neukölln. Der Magistrat Neukölln bringt vom 22. d. M. in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften auf die Adressen A. B. O und D der Neuköllner Haushaltungskarte Graupen bezw. Grütze, weiße Bohnen sowie Nudeln und Weizengrieß zur Verteilung. Mit Ausnahme des letzteren, der mit 1/2 Pfund je Kopf abgegeben wird, entfallen von diesen Lebensmitteln 1/2 Pfund auf jede Person. Die Verkaufspreise sind wie folgt festgesetzt: Graupen oder Grütze je Pfund 30 Pf., weiße Bohnen 45 Pf., Nudeln 50 bezw. 70 Pf., Weizengrieß 28 Pf. je Pfund.

Versammlung der „Vorwärts“-Leser in Weisensee.

Eine gut besuchte Versammlung der „Vorwärts“-Leser und Abonnenten nahm am Montag Stellung zu dem „Vorwärts“-Voyott. Genosse Vartels legte in 1 1/2 stündiger Rede den Anwesenden klar, in welcher einseitiger Weise die Genossen von der Oppositionsseite unterrichtet worden sind. Durch einstimmige Annahme einer entsprechenden Entschließung gaben die Versammelten ihrer Zustimmung zum Referat Ausdruck.

In einer weiteren Entschließung erhoben die Versammelten ebenfalls einstimmig Protest gegen den letzten Beschluß der Generalversammlung des Wahlvereins, wonach die schon genannten Gemeindevorteiler ihre Mandate niederlegen sollen, weil sie noch Abonnenten des „Vorwärts“ sind. Sie betrachten dieselben weiter als ihre Vertreter und forderten sie auf, unentwegt ihre Mandate weiter auszuüben. Zahlreiche Zusätze für den Les- und Disziplinierklub Vorwärts waren außerdem noch das Resultat der Versammlung.

Einschränkung der Straßendeleuchtung in Lichterselde. Die Gemeindevertretung von Lichterselde stimmte in ihrer letzten Sitzung einer Einschränkung der Straßendeleuchtung zu, um auch hierdurch eine Kosteneinsparnis herbeizuführen. Alle Laternen, mit Ausnahme der Nachtlaternen, die die ganze Nacht brennen bleiben, sollen um 9 Uhr abends ausgelöscht werden. — Ferner stimmte die Gemeindevertretung einem Antrag zur Drohschlaggebührenordnung zu, wonach auch für Fahrten auf Pferdebesitzern 30 Pf. mehr erhoben werden dürfen, als der Taxameter anzeigt.

Neuregelung der Pankower Rassenpreisen. Die Teilnahme an der Speisung in den öffentlichen Kriegsküchen des Gemeindebezirks ist von Montag, den 22. Januar 1917 ab nur noch gegen vorherige Anmeldung möglich.

Die Anmeldung wird am Sonnabend und Sonntag einer jeden Woche zwischen 11 1/2 und 2 Uhr für die folgende Woche in der Küche angenommen, aus welcher die Teilnehmer die Speisen zu entnehmen wünschen. Mit der Anmeldung sind die Fleisch- und Kartoffelkarten vorzulegen. Es werden abgetrennt: 1/10 der Fleischartenabschnitte für 1/2 Portion, 1/10 für 1/2 Portion; 1/10 der Kartoffelartenabschnitte für 1/2 Portion, 1/10 für 1/2 Portion.

Wird die rechtzeitige Anmeldung vermisst, so kann Essen in der folgenden Woche nicht verabsolgt werden. Die Entnahme von Essen an nur einigen Tagen der Woche ist vom 22. Januar nicht mehr zulässig, auch kann die vorbezeichnete Portionenzahl im Laufe der Woche nicht mehr erhöht oder verringert werden.

Gewerkschaftskommission Schöneberg. Donnerstag, den 18. Januar 1917, abends 9 1/2 Uhr, findet im Lokal Neue Rathausstraße (Zunne), Reininger Str. 8, eine Gewerkschaftsversammlung statt. Genosse Kdolf Ritter spricht über das Hilfsdienstgesetz.

Aus aller Welt.

Höchstwahrscheinlich: drei Halbe!

Das Ende der Münchener Viertelerherrlichkeit ist da. Das Stellvertretende Generalkommando des ersten bayerischen Armeekorps hat für den Bezirk München angeordnet, daß in den Ausschankstätten an einen Gast während der Mittags-Ausschankzeit nicht mehr als ein halbes Liter, während der abendlichen Ausschankzeit nicht mehr als drei halbe Liter verabsolgt werden. Wie prophetisch lang man doch vor zehn Jahren oder mehr in einem bekannten Münchener Kabarett:

Darum Mädchen aber weine nicht,
Weine nicht zu sehr!
Re Halbe derst Du trinken noch,
Aber nacha gib's nix mehr!

Der biedere Münchener Bierphilister aber wird nach diesem Erlaß — auf Bierreisen gehen.

Explosion auf einem japanischen Schlachtschiff. Auf dem japanischen großen Schlachtschiff „Tsububa“, der im Hafen von Yokohama verankert lag, ereignete sich eine Explosion. Das Schiff steht in Flammen. Die Zahl der Opfer beträgt bis jetzt 400 Mann der Besatzung. Der Schlachtschiff „Tsububa“ ist ein modernes großes Schiff der japanischen Marine. Es ist 1906 erbaut und verdrängt 18 970 Tonnen. Es war 184 Meter lang und mit vier 30,5-Zentimeter- und zwölf 15,2-Zentimeter-Geschützen besetzt. Die Geschwindigkeit betrug 20,5 Knoten. Die Besatzung bestand aus 820 Mann.

Der amerikanische Postdampfer „Minnesota“ ist nach einem Zusammenstoß im Londoner Hafen gesunken.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Einberke, S. IV, 501, 502, 503, 504, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 6 bis 9 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Brief muß ein Poststempel mit einer Zahl als Briefkastenbezeichnung. Briefkasten Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbezeichnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

W. J. 40. Die Feuerungsanlage wird dem Feuerprüfamt Ein- kommen zugerechnet. Sie können sie nicht in Aktion bringen. — W. J. 7. 1. und 2. Kein, der Arbeitsdienst ist ohne Prüfung auf die Karte. — H. S. J. In das Divisionskommando der 6. Inf.-Division in Brandenburg a/O. — H. S. 14. Die Sanitätswachen sind nicht gesperrt. — Rekrutierung 1000. 1. Sie erhalten Order, 2. An das Bezirkskommando, 3. Das können wir nicht wissen — Freizug. Sie können den Orden nicht ablehnen. — C. M. J. Darüber können wir Ihnen keine Auskunft geben; Sie müßten sich an einen Arzt wenden. — J. 14. 1. Die Reichsunterstützung für Eltern beträgt monatlich 10 M. Wenn die Gemeinde keinen Zuschlag gibt, hat die Frau keinen höheren Anspruch. 2. Sie können die Krankenkasse weiter beziehen, bis Sie durch die Landesversicherungsanstalt entzogen wird. Aufbruch an Invalidenrente besteht nicht, da Sie nach Ihren eigenen Angaben jetzt nur zu 50 Proz. erwerbsunfähig erachtet werden sind. — H. P. Pantow. Kein. — H. T. 10. Wenn angewiesen werden kann, daß durch Ihr Verschulden der Schaden entstanden ist, sind Sie zum Ersatz desselben verpflichtet. — H. W. 100. Das Gesetz ist an das Divisionskommando, dem das Regiment, in dem Ihr Sohn steht, zugestellt ist, zu richten.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittags. Gemäßig kalt, vorwiegend trübe, mit weitverbreiteten, im Südosten vielfach starken, in den anderen Gegenden schwächeren Schneefällen.

Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz
gefallenen Genossen!

Es seien:

3. Wahlkreis. Karl Mentke Rupersried. Alwin Kühn Gastwirt, S. Wbl., 219. Bezirk.	Wahlverein Nonkölln. Im Alter von 35 Jahren der Schriftf. Fritz Gundelach Münchener Str. 45, Bezirk 5. Im Alter von 30 Jahren der Schriftf. Julius Piotrowski Ringbahnstr. 31, Bezirk 13. Im Alter von 31 Jahren der Bauarbeiter Otto Witt Ringbahnstr. 25, Bezirk 13. Am 5. Januar starb im Lazarett zu Gellertshagen an den Folgen seiner erlittenen Verwundung Paul Wilke 18. Bezirk, Unterbezirk. Am 6. Dezember starb in Jena- reich im Reichslazarett Nr. 17 Paul Pielecke gest. wohnhaft Reuterstraße 16, Bezirk 23.
4. Wahlkreis. Am 2. Dezember im Alter von 26 Jahren der Schlosser Friedrich Neubauer Wanteufelstr. 121, Bezirk 171. Am 16. Dezember im Alter von 36 Jahren der Arbeiter Gustav Raschpichler Wanteufelstr. 114, Bezirk 171. Am 18. Dezember im Alter von 33 Jahren der Ladegerier Albert Minuth Görstr. 113, Bezirk 363 II. Am 19. Dezember starb an den Folgen des Kriegs im Osten Ernst Valent Goldaper Str. 5, Bezirk 432.	Wahlverein Rosenthal. Am 29. Dezember im Alter von 41 Jahren der Journalist Oskar Weder.
6. Wahlkreis. Am 23. Dezember im Alter von 36 Jahren der Metallarbeiter Paul Horn Seßlermannstr. 17, 18. Wbl., Bez. 813a	

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlichter **Bruno Hackbarth**
Lichtenberg, Emanuelstr. 6,
am 14. Januar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes Köpenick aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen kerner zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Schraubendreherin **Margarete Curow**
am 26. Dezember 1916 gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
198/9 Die Crisberverwaltung.

Einladung zur ordentlichen Generalversammlung der Bäckerei-Genossenschaft Berlin, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung am Sonntag, den 28. Januar 1917, nachmittags 4 Uhr, im Kantor der Bäckerei-Genossenschaft, Berlin, Urbanstr. 70a.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht und Bericht des Aufsichtsrats.
2. Disziplin. 17006
3. Berichterstattung des Aufsichtsrats für 1916.
4. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrats.
5. Verschiedenes.
Der Vorstand.
Eduard Haase, Wilhelm Büberg.

Lagerbier
Ersatz ist **Metus-Gold,**
Schaum u. Farbe wie Lagerbier.
Malzbier
Ersatz ist **Metus-Caramel**
vollständig süßig, nahrhaft und wohlchmeckend.
Beid. Getränke sind gas. geschützt, werden unt. Garantie weder trübe noch sauer.
Cider-Trank, Apfelgetränk v. Apparat. Bieruntersetzor auf Wunsch grat. Versand auch nach außerhalb nicht unter 5 Liter.
Man verl. Gebrauchsanweisung!
Hermann Führer, Berlin, Marsillusstr. 21.
Fernspr. Köpenick 934b.

Spezial-Arzt
Dr. med. Masche,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, (spez. chron. Fälle, Eitrige Gato-Ruren, Ichneryose, kitzelnde Behandlung ohne Gefährdung, Blutunterstützung, Wäg. Preise, Teilzahlung, Sprechstunden 10-1 und 5-8, Sonn. 11-1.

Nachruf.
Am 12. Januar verstarb plötzlich an Herzlähmung in der Garnison an Ehrenberg unser Kollege und Mitarbeiter, der Former **Kurt Sellrieh.**
Wir verlieren in ihm einen guten Freund und Berater, der durch seinen offenen und ehrlichen Charakter sich die Achtung und Liebe aller seiner Kollegen erworben hat. Trotz seines leidenden Zustandes während der letzten Jahre hat er immer die Interessen seiner Berufskollegen wahr- genommen und für die Ausbreitung unserer Ideen gearbeitet. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Die Angehörigen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
Crisberverwaltung Berlin.